Nr. 6. Wien, Juni 1903. 15. Jahrgang.

Monatschrift

der

„Oesterreichisch-Israelitischen Union".

INHALT:

Redaktion und Administration: Wien, I/1, Dorotheergasse 12.

Telephon Nr. 1855.

Herausgeber: »Oesterreichisch-Israelitische Union«. — Verantwortlicher Redacteur: Siegfried Fleischer. — Druck von L. Beck & Sohn, Wien.

Monatschrift

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Nr. 6. Wien, Mitte Juni 1903 15. Jahrgang.

Antisemitische Agitationen in Galizien.

Mit dem Grafen Leo Pininski, der am 10. Juni von dem Posten eines Statthalters in Galizien enthoben wurde, scheidet einer der schlimmsten Bedränger unserer Glaubensgenossen aus dem Amte. Das Elend der galizischen Juden hat während seines fünfjährigen Regimes unermessliche Dimensionen angenommen. Die Verwaltung des Grafen Pininski hat alle bisherigen Quellen des Erwerbes verschüttet, ohne sich auch nur einen Augenblick ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen, welche Rückwirkungen die Proletarisierung von 800.000 Menschen auf die soziale und wirtschaftliche Struktur des Landes üben müsse. Die Judenexzesse von Alt-Sandec und Jaslo, mit Ausnahmszustand und Standrecht, bezeichnen den Anfang, die Judenexzesse von Uhnow, die mit Militärgewalt unterdrückt werden mussten, bezeichnen das Ende der Pininski'schen Statthalterschaft. Wenn sein Nachfolger Graf Andreas Potocki sein Amt nicht unter denselben traurigen Umständen antreten will, unter denen sein Vorgänger es übernommen hat, so wird er den bedrohlichen Anzeichen neuerlicher judenfeindlicher Agitationen in Galizien die ernsteste Beachtung schenken müssen. Die furchtbaren Ereignisse in Kischenew haben das Interesse für die am 23. April in Uhnow stattgefundenen Judenplünderungen und -Misshandlungen in den Hintergrund gedrängt. Allein die Lage ist dort eine derartige, dass stündlich Gewaltakte nach Kischenewer Muster sich ereignen können. Unser Delegierter, den wir nach Uhnow entsendeten, schildert uns die Situation folgendermassen:

„Der unmittelbare Anlass zu den Exzessen am 23. April war ein Brand, der in der Scheune eines christlichen Kürschnermeisters ausbrach und vierzig andere christliche Gebäude einäscherte. Da dieser Kürschnermeister den sechzehnjährigen Sohn eines Uhnower Juden zum Glaubenswechsel bewogen hatte, fand die böswillige Ausstreuung, dass die Juden aus Rache die Scheune angezündet hätten, bereitwillig Glauben. Die eigentliche Ursache der Exzesse ist aber in tieferen politischen Verhältnissen zu suchen. Die christliche Bevölkerung Uhnows besteht aus radikalen Ruthenen; die Juden aber stimmen, wie überall in Galizien, für die Kandidaten

des Polenklubs und erregen hiedurch den tiefen Hass ihrer christlichen Mitbürger und dieser Hass lodert bei jedem Anlasse zu hellen Flammen empor. Nun haben in den letzten vier Jahren in Uhnow neunzehn bedeutende Brände stattgefunden, von denen siebzehn bei Christen und zwei bei Juden ausgebrochen sind.

Die Häufigkeit der Brände bei christlichen Einwohnern ist eine auffällige Tatsache nicht nur in Uhnow, sondern in ganz Galizien. Nach einer offiziellen Statistik sind in den letzten Wochen im ganzen Lande mehr als 20.000 Häuser abgebrannt, und bei den meisten dieser Feuersbrünste ist sonderbarerweise die Entstehungsursache nicht ermittelt worden. Tatsache aber ist, dass die Agenten einer Krakauer Versicherungsgesellschaft die Bauern bewegen, die bisherigen Versicherungsverträge aufzuheben und die Objekte zu einem Mehrfachen ihres wahren Wertes bei der Krakauer Versicherungsgesellschaft versichern zu lassen. Wird ein Uhnower christlicher Bürger von einem Brandunglück getroffen, so bekommt er zum Wiederaufbau seines abgebrannten Hauses unentgeltlich Holz aus dem Gemeindewalde und die Versicherungssumme kann er unangetastet in die Sparkasse legen. Nach dem letzten Brande haben die Bauern von Uhnow und Umgebung geschworen, dass bei dem Ausbruche einer neuen Feuersbrunst kein Jude am Leben bleiben werde. Angesichts der hier geschilderten Verhältnisse und des Umstandes, dass die Stadt ausschliesslich aus strohgedeckten Holzhäusern besteht, ist eine solche Eventualität geradezu unausweichlich. Ueberdies ist in jüngster Zeit die Parole ausgegeben worden, dass man das Beispiel von Kischenew nachahmen müsse. Trotzdem ist über Weisung der Lemberger Statthalterei und gegen den Willen des Bezirkshauptmannes von Rawa Ruska das entsendete Militär zurückgezogen worden."

Unter dem 4. Juni nun erhielten wir aus Uhnow folgende Mitteilung:

Am 3. Mai Mittags brach bei dem städtischen Einwohner Pawlo Chitren Feuer aus. Die von der Gendarmerie eingeleitete Untersuchung ergab als Entstehungsursache die Anhäufung von mit Spiritus und Petroleum begossenen Lumpen unter dem Dache. Pawlo Chitren hat sein auf höchstens 120 Kronen geschätztes Haus auf 660 Kronen versichert. Eine gerichtliche Untersuchung ist bisher nicht eingeleitet worden.

Gleichfalls am 3. Mai brach bei dem Juden David Witzer ein Rauchfangfeuer aus. Die Gendarmerie erstattete die Anzeige an das Bezirksgericht und Witzer wurde wegen Uebertretung gegen die öffentliche Sicherheit mit dreitägigem Arrest bestraft.

Am 22. Mai fing der im Kamine des jüdischen Einwohners Markus Berger angesammelte Russ Feuer. Es wurde Sturm geläutet und die Bauern machten Miene, das Haus zu stürmen, wurden jedoch hieran durch das rasche und energische Eingreifen der Gendarmerie verhindert.

Am 4. Juni ist von böswilliger Hand bei dem jüdischen Schächter Abraham Katz Feuer angelegt worden, während noch die ganze Familie im Schlafe lag. Katz wurde durch den Zuruf eines Unbekannten, er solle ins Schlachthaus gehen, aus dem Schlafe geweckt, und als er aus der Haustüre trat, sah er die Nebengebäude brennen. Es gelang ihm, das Feuer zu löschen, wobei er bemerkte, dass das Haus von allen Seiten mit Petroleum begossen sei. Er erstattete sofort die Anzeige bei der Gendarmerie und der Effekt dieser Anzeige war, dass Abraham Katz und dessen Frau unter dem Verdachte der Brandlegung verhaftet wurden.

Während also die Entstehungsursache von Bränden in christlichen Häusern in den meisten Fällen unermittelt bleibt, ja nicht einmal die gerichtliche Untersuchung eingeleitet wird, werden Juden, in deren Häusern Feuer ausbricht, unter allen Umständen strenge bestraft. Für die Rechtszustände in Galizien ist es überaus charakteristisch, dass nach den Exzessen vom 23. April vier jüdische Einwohner, Namens Maier Judenberg, David Nebel, Jsrael Stahl und Uscher Lebwohl, unter dem Verdachte der Brandlegung verhaftet wurden und sich heute noch immer in Untersuchungshaft befinden, während vier Christen, nämlich die Gemeinderäte Oniczkiewicz und Magora, ferner der städtische Polizist Skrepczik und der Amtsdiener des Bezirksgerichtes Mazurkiewicz, die wegen Aufwiegelung und Teilnahme an der Plünderung verhaftet wurden, auf freien Fuss gesetzt sind. Wir haben nicht verabsäumt, die Zentralregierung auf die stündliche Lebensgefahr, in welcher unsere Uhnower Glaubensgenossen stehen, aufmerksam zu machen und um entsprechende Vorkehrungen zum Schutze derselben zu bitten.

Aber auch in anderen Orten Galiziens machen sich bedenkliche Symptome einer Gährung gegen die Juden bemerkbar, wobei die gefährliche Rückwirkung der Kischenewer Ereignisse mit in Betracht gezogen werden muss. An anderer Stelle berichten wir über Judenkrawalle, die sich in einem russischen Grenzstädtchen, in unmittelbarer Nähe von Brody abgespielt haben. Wir berichten ferner über Feindseligkeiten gegen einzelne Glaubensgenossen in der Gegend von Alt-Sandec, wo vor fünf Jahren ein Massakre nur durch die Publizierung des Standrechtes verhütet werden konnte.

In Wieliczka, gleichfalls einem kritischen Punkte, wo im März 1898 die Hetzpredigten des Pater Szponder und eine in den dortigen Schulen verbreitete Broschüre zu gefährlichen Ausschreitungen gegen die Juden führten, hat wenige Tage vor dem letzten Frohnleichnamsfeste ein Geistlicher von der Kanzel herab seine Glaubensgenossen aufgefordert, jeden Juden, der sich mit dem Hute auf dem Kopfe während der Frohnleichnamsprozession auf der Strasse zeigen würde, durchzuprügeln, mit dem Beisatze, dass dies gesetzlich gestattet sei. Es ist begreiflich, dass durch solche

Hetzereien die Leidenschaften bis zur Siedehitze gesteigert werden und dass gewalttätige Ausbrüche des Judenhasses auch dann unvermeidlich wären, wenn die Behörden in Galizien ihre Pflicht voll und ganz erfüllen würden. Ob dies unter der Verwaltung des Grafen Pininski geschehen ist, überlassen wir der Beurteilung unserer Leser, welche ja die Berichte unserer „Monatschrift“ über galizische Vorgänge aufmerksam verfolgt haben. Wir können nur wünschen, dass die dringenden Vorstellungen, die wir bei den Zentralbehörden erhoben haben, sorgfältige Beachtung finden.

Das Kischenewer Judengemetzel.

Immer grauenhafter lauten die Details, die über das Blutbad in Kischenew bekannt werden. Aber selbst die entsetzlichsten Taten jener bessarabisch-orthodoxen Scheusale verschwinden gegenüber der Haltung der russischen Behörden, deren Organe planmässig die Juden in ihrer Selbstverteidigung verhinderten. Wehrlosen Opfern gleich wurden die Kischenewer Juden den reissenden Bestien von den russischen Behörden absichtlich ausgeliefert. Man fasst es kaum, dass die zivilisierten Mächte Europas sich noch im Vorjahre beflecken konnten, als sie in Gemeinschaft mit jenem Barbarenreich den Chinesen „Kultur“ lehren wollten. Wahrlich die chinesischen Boxer könnten von den russischen Kosaken und Polizisten noch manches lernen, denn sicherlich wird es in den chinesischen Schaaren nicht wie bei einem russischen Regimente vorkommen können, dass ein christlicher Soldat Schulter an Schulter mit dem jüdischen Kameraden kämpft, ihn aber zu Hause mit Weib und Kind abschlachtet. Wie es mit der Genfer Konvention in einem Kriege mit jenen russischen Barbaren bestellt sein wird, darüber lassen die an wehrlosen Weibern und Kindern verübten Greuel keinen Zweifel aufkommen. Den Beschönigungen des Ministers Plehwe wird auch das naivste Gemüt ebenso wenig Glauben schenken wie allen anderen amtlichen russischen Enunziationen. Wer die Tätigkeit und die Macht der russischen Justiz- und Administrativbehörden kennt, weiss zur Genüge, dass sie von den grausamsten Disziplinarstrafen Gebrauch zu machen wissen, wenn sie sich Ruhe verschaffen wollen. Harmlose Studentinnen und strikende Arbeiter werden mit der Knute ausgepeitscht, während von 127 der scheusslichsten Mordtaten angeklagten Individuen 119 bereits freigesprochen und nur der Rest zu geringen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Wenn je die Knute als Abschreckung und Strafe am Platze war, so war es diesen Scheusalen gegenüber, die erfahrungsgemäss nur dadurch in Zaum gehalten werden können.

Wir haben schon in der letzten Nummer unserer Monatschrift ausdrücklich gesagt, dass alle Geldspenden nicht verhindern können, dass wir binnen Kurzem wiederum von ähnlichen Bluttaten hören werden, wenn die russischen Juden nicht zur Selbstverteidigung schreiten sollten. In dieser Organisation sollten alle in- und ausländischen Juden jene bedauernswerten Glaubensgenossen unterstützen, die den russischen Staub leider nicht von sich abschütteln können und in der Umgebung reissender Tiere ausharren müssen. Wenn wir auch den materiellen Sammlungen relativ geringen Wert beimessen, so können wir doch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass deren Ergebnisse geradezu schmähliche genannt werden müssen, und dass wir hier wiederum einmal gründlich belehrt wurden, wie es — im Gegensatz zu England, Deutschland etc. — speziell in Oesterreich mit der „christlichen Nächstenliebe" ausschaut. Während sich ein österreichischer Christ oder Jude ebensowenig wie der Zar bei den Ueberschwemmungskatastrophen in Marseille oder Danzig von einer Spende abhalten liess, weil es sich um Ausländer handelte, haben der Zar und die christlichen wohlsituierten Kreise in seltener Einmütigkeit in diesem Falle die Taschen zugehalten. Handelt es sich doch nur um Juden, die man grossmütig der Unterstützung der bemittelten Glaubensgenossen überlässt, derselben Glaubensgenossen, an die man sich vielleicht morgen schon für „humanitäre" Aktionen wendet, mögen diese auch antisemitischen Zwecken dienen! Und was das Aergste ist, die wohlhabenden Juden werden auch hieraus keine Lehre ziehen, und statt gewissen gräflichen Wohltätigkeits-Egerien die Türe zu weisen und sie zu fragen: „Was hat denn die gesammte Christenheit, speziell die reiche österreichische Aristokratie, Klerus, Industrie und Bürgertum für unsere dahingeschlachteten Glaubensgenossen in Kischenew getan?" werden sie noch stolz sein, ihr Geld hergeben zu dürfen. Vielleicht blinkt ein rotes Bändchen für solche „patriotischen" Leistungen, in welchem man sein Gewissen ersticken kann und in dem das rote Blut der gemordeten Glaubensgenossen verschwindet.

Aber nicht einmal zu kostenlosen Sympathiebeweisen, wie Protest-Meetings etc., hat die österreichische Intelligenz und das Bürgertum sich aufgeschwungen, wie es in allen anderen zivilisierten Ländern der Fall war. Nur die Sozialdemokraten haben eine Versammlung veranstaltet, die in Folge unnötiger Verquickung des Kischenewer Judengemetzels mit der finnländischen Frage eine politische Färbung bekam, die dem rein menschlichen Protest nur schaden konnte. Dass es tief beklagenswert ist, wenn sich gerade ein Jude — der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Ellenbogen — dazu hergab, auch hier die traurige österreichische Spezialität jüdischer Sozialdemokraten und Sozialpolitiker ad oculos zu demonstrieren und in falscher Scham der

rein jüdischen Sache immer den grossen politischen Mantel umzuhängen, braucht nicht erst betont zu werden. Wol verdient war denn auch die indirekte Abfuhr, die der Abgeordnete Pernerstorfer seinem jüdischen „Genossen" zu Teil werden liess, als er unter stürmischem Beifall sagte, dass es vollkommen begreiflich sei, wenn die Juden aller Länder sich ihrer Glaubensgenossen annehmen, und dass es wahrlich keine Schande sei, inmitten der ältesten Kulturnation auszuharren. Aus diesen Worten könnte so mancher Christ — und Jude lernen.

Nachfolgend geben wir noch einige in der Presse veröffentlichte Mitteilungen wieder, darunter eine der „Arbeiter-Zeitung" entnommene Nachricht des „Oswoboschdenje", die uns mit grosser Genugtuung erfüllt, da sie zeigt, dass wenigstens die jüdischen Arbeiter den von uns angedeuteten und einzig und allein gebotenen Weg der Selbstverteidigung mit Erfolg betreten haben.

* * *

Die „Neue Freie Presse" berichtet:

Viel ist über die Judenmassakres von Kischenew schon geschrieben worden, aber die von Augenzeugen der Schrecknisse mitgeteilten Einzelheiten sind noch nicht bekannt und schier unglaublich. Einer dieser Augenzeugen, ein Lastwagenkutscher von Beruf, sagte in seiner Treuherzigkeit, dass die jüdischen Arbeiter und Taglöhner von Kischenew sich und ihre Familien wol verteidigt hätten, *wenn sie nicht von dem Militär daran gehindert* worden wären. Gleich beim Ausbruche der Unruhen haben sich ungefähr zweihundert jüdische Handwerker, Arbeiter und Taglöhner mit Holzknütteln versehen, um sich zu verteidigen. Anfangs bewährte sich dieses Verteidigungswerk. Die Plünderer und Räuber, welche die jüdischen Familien in deren Wohnstätten auf dem Nowy-Bazar in der Charlompistrasse überfallen wollten, wurden von den Juden mit den Knütteln in die Flucht gejagt; so wurden die in den Kellern und Mansarden versteckten Frauen und Kinder beschützt. Da kam der Polizeimeister *Chanschenkow* in Begleitung einer *berittenen Schutzwache* heran und *befahl den Juden, die Holzknüttel aus der Hand zu legen*, in ihre Wohnungen zurückzukehren und sich ruhig zu verhalten. In ihrer Todesangst weigerten sich die Juden, diesem Verlangen des Polizeimeisters stattzugeben. Da beorderte der Polizeichef einen seiner Beamten zum Platzkommando und liess die sofortige Entsendung einer Kavallerie-Abteilung verlangen. Wenige Minuten darauf sprengte eine *Kavallerie-Abteilung* daher, umringte die Juden und *entwaffnete* sie ... Dann ... dann wurden sie freigelassen, und der wilde Pöbel stürzte sich nun auf die Wehrlosen, um das Gemetzel fortzusetzen ...

Das Interessante bei diesen Vorgängen ist, dass die Polizei gegen sämtliche Juden, welche sich in Notwehr mit Holzknütteln versahen, die Anzeige wegen „Teilnahme am Aufruhr gegen die Obrigkeit" erstatten liess... In der Puschkinstrasse hieb ein Kosakenoffizier eigenhändig eine alte Jüdin nieder, welche ihre Tochter den Händen der Mörder entreissen wollte, die dem Mädchen die Kleider vom Leibe herunterrissen und Anstalten machten, sie in einen Brunnen zu werfen. Nur dem Dazwischentreten eines christlichen Apothekers war es zu verdanken, dass das unglückliche Mädchen dem Tode entging.

Und während diese Greuel sich in den Strassen von Kischenew abspielten, sass der Gouverneur v. Raaben in seinem Palais, das auf seinen Befehl von Truppen umschlossen war, deren Kommandant den Auftrag erhielt, jeden Versuch, in das Palais zu gelangen, mit Waffengewalt zurückzuweisen.

Ein anderer Augenzeuge beklagt sich bitter darüber, dass die Richter, welche über die Plünderer und Mörder zu Gericht sitzen, fast alle freisprachen. Von 127 Angeklagten, welche in der abgelaufenen Woche vor Gericht standen, wurden 119 freigesprochen, die anderen zu kleinen Arreststrafen verurteilt.

Auch den offiziellen Bericht des russischen „Regierungsboten" über die Vorgänge von Kischenew bezeichnen die in Wien weilenden Augenzeugen als unrichtig. Die Behauptung des Berichtes, dass ein jüdischer Karussel-Besitzer ein Christenweib misshandelt hätte, sei eine Unwahrheit.

*
* *

Der „Oesterreichischen Wochenschrift" entnehmen wir:

Ueber die Ereignisse in Kischenew bringt der vortrefflich geleitete „Européen", dieses Blatt, das sich der Verfolgten jeder Nationalität und jeder Konfession so hingebend annimmt, einen äusserst interessanten Artikel von einem Russen.

Man musste sich immer wieder fragen, wie konnten die Zivil- und Militärbehörden diese Massakres, die einem Kurdenstamm alle Ehre gemacht haben würden, ruhig Tage lang zulassen. Allmählich werden jetzt Beweggründe bekannt, die wenigstens einigermassen die Haltung der Beamten erklären.

Die Beamten rührten sich nicht, weil, wie zuverlässig versichert wird, die Juden nicht rechtzeitig sich die Protektion der Gewaltigen durch eine entsprechende Anzahl Rubel erkauft hatten. In einzelnen Gegenden Kleinasiens und Arabiens reist man gleichfalls, indem man zuvor durch Geld sich von den einzelnen Stämmen Sicherheit erkauft. Auf dieser Höhe standen leider die Zustände in Kischenew. Dazu kommen aber allgemeine, erklärende politische Erwägungen. Auf sie wirft eine Aeusserung Licht, die der Graf

Schuwalow, seinerzeit Gouverneur von Odessa, zu jüdischen Arbeitern getan hat. Er rief die Führer der jüdischen Arbeiter im April vorigen Jahres zu sich und erklärte ihnen: „Wenn Ihr den ersten Mai feiert, lasse ich Exzesse gegen die Juden organisieren." Um die Arbeiterbewegung zu lähmen, wirft man dem Mob die Juden als Beute zum Zerfleischen vor. Wenn solche Grundsätze in der Regierung vorhanden sind, so hört die Haltung der Behörden in Kischenew auf, unbegreiflich zu sein.

* * *

Die in russischer Sprache erscheinende Zeitschrift des ausländischen Comités der allgemeinen jüdischen Arbeiterorganisation in Litauen, Polen und Russland bringt noch folgende Einzelheiten:

In der Nacht zum russischen Ostersonntag drangen Haufen von Christen aus der Kirche, machten sich an die Magazine und Läden heran und fingen an zu plündern. Das dauerte etwa zwei Stunden. Dann traf vom Bahnhof her eine grosse Schaar Christen, meistens Welikorossen (Grossrussen aus den zentralen Gouvernements), ein, teilte sich in Gruppen, begab sich auf die Strassen, welche von Juden besetzt sind, und fing an, Häuser zu plündern. Männer, Frauen und Kinder zu ermorden. Am nächsten Tage vermissten schon viele Familien ihre Angehörigen, der Vater, die Mutter, die Tochter, der Sohn fehlte. Die noch gestern reich und wohlhabend waren, waren an den Bettelstab gebracht. Noch des Morgens wurde am Denkmal Alexanders II. ein jüdisches Mädchen tot aufgefunden, mit allen Zeichen der Gewalttat, halb entblösst, mit Schaum vor dem Munde. Später wurde bekannt, dass die Uebeltäter vielen Frauen und Mädchen Gewalt angetan. Ein Blechschmied, der die Ehre seiner Schwester verteidigen wollte, wurde in Stücke zerrissen. Ein Mädchen wurde mit ausgeschnittenen Brüsten gefunden; ausser Leichen wurden in den Strassen Köpfe, Arme, Beine gefunden, welche vom Rumpf abgeschnitten und auf die Strasse geschleudert worden waren. Einige Bilder: Eine Witwe mit ihrer Tochter flüchtete vor den Mördern in das zweite Stockwerk zum Nachbar, einem Christen. Sie wurden aber nicht eingelassen, und die Mörder erreichten und ermordeten sie. In einem Hause fanden die Mörder einen Greis, der eingehüllt in seinem Gebetmantel dastand und betete. Die Uebeltäter schlugen ihn mit einer Stange auf den Kopf und ermordeten ihn. Eine Familie verbarg sich in dem Abort. Die Mörder bemerkten es, rissen die Bretter des Bodens auf und die Unglücklichen fielen alle in die Grube und ertranken. Eine Frau verbarg sich mit ihrem Säuglinge in einem Dachzimmer. Das Kind wollte aber nicht schweigen, und da stopfte sie ihm ein Tuch in den Mund. Das Kind erstickte und die Mutter wurde wahnsinnig. Auf der Strasse geht ein Jude mit einem Kinde in den Armen. Die Mörder entrissen ihm das Kind, schleuderten es in die Luft und ermordeten den Mann. Eine junge Mutter mit ihrem Säugling flüchtete zu

dem christlichen Arzte Stein in den Korridor. Dieser aber wollte sie hinausjagen, und da sie nicht gehorchte, so erfasste er das Kind und schleuderte es über den Zaun. Die Mutter warf sich dem Kinde nach, da erfassten sie die Mörder und erschlugen sie. Drei 13- bis 15jährige Mädchen wurden in Stücke zerrissen. Vier Synagogen sind vernichtet und die Thorarollen zerschmettert. Bis jetzt sind 118 Leichen aufgefunden. Verschwunden sind circa 500 Juden. Die Polizei ging Hand in Hand mit den Räubern und zeigte ihnen, wo Juden wohnten, nannte die Räuber „brave Kerle“ und verhinderte die Juden an der Selbstverteidigung. Bei den Revierkommissären und sonstigen Polizisten wurden geraubte Sachen aufgefunden. Erst am Dienstag, als die Räuber die jüdischen Quartiere in Brand stecken wollten, mischten sich die Behörden ein. Der Schaden beläuft sich auf etwa 30 Millionen Rubel. In Orgeen (der Bezirkshauptstadt dieses Gouvernements) trafen etwa 65 Soldaten ein, welche den Juden 1000 Rubel kosten. Diese erzählen, wie sie in Kischenew geholfen hätten, die Juden zu schlachten, sie verjagten sie und schlugen sie mit den Flinten auf den Kopf.

Ein anderer von der Zeitschrift abgedruckter Brief lautet:

„Am Sonntag, am ersten Tage der russischen Ostern, Nachts. als alles schon schlief, überfielen Scharen von Christen die schlafenden Juden. Sie raubten, zerschmetterten, zerstörten alles, was sie fanden. Was man nicht mitnehmen konnte, wurde vernichtet. Dächer wurden niedergerissen Wände zerschlagen, und die Häuser dem Erdboden gleichgemacht. Frauen wurden entehrt in Anwesenheit der Männer, Mütter in Anwesenheit der Kinder, Töchter in Anwesenheit der Eltern. Man hat zehnjährigen Mädchen Gewalt angetan und sie nachher in Stücke gerissen. Eine schwangere Frau hat man, nachdem man sie vergewaltigt, ermordet, ihr den Bauch aufgeschlitzt, den Fötus herausgenommen und ihr in die Arme gelegt. Sechzehnjährigen Mädchen hat man die Brüste abgeschnitten. Einem schönen Mädchen schnitt man, nach vielfacher Gewalttat, den Bauch auf, nahm die Eingeweide heraus und stopfte ihn mit Schmutz voll. Eine der Bestien hat während der Gewalttat seinem Opfer die Nase abgebissen, nachher versetzte er ihm Fusstritte und riss es in Stücke. Bei Männern wurden Nasen, Ohren, Hände, Beine abgerissen und Zungen ausgeschnitten. Einem Manne hat man lebend die Haut vom Schädel abgezogen, dem anderen in die Augen Holzstücke hineingeschlagen. Kindern hat man die Händchen und Beinchen abgeschnitten und sie auf die Strasse geschmissen, oder man schlug sie solange mit den Köpfen an die Wand, bis die letztere mit Blut und Hirn bedeckt war. Mehr als 100 Ermordete sind schon begraben. In den Krankenhäusern stirbt jeden Tag eine Menge fürchterlich Verstümmelter. Viele Leichen sind noch in den Dachzimmern, Kellern, Gruben, Schmutzgruben und Aborten.“

* * *

Die „Frankfurter Zeitung“ erhält das Facsimile eines Plakates, dessen Original am Freitag und Sonnabend vor den russischen Osterfeiertagen durch die Polizei in Kischenew in Tausenden von Exemplaren verteilt worden war. Das Plakat zeigt einen Christuskopf mit der Dornenkrone und trägt die Aufschrift: „Gottes Strafe gegen die Bilderfrevler!“ Unter dem Christuskopfe ist eine in biblischem Style geschriebene kleine Erzählung zu lesen, die etwa so lautet:

„Nächst dem Judenviertel wohnte einst in einem Häuschen ein Christ, der, als er auszog, an der Wand seines Zimmers ein geschnitztes Bild des Erlösers aus Vergesslichkeit hängen liess. Nach dem Christen zog ein Jude in das Haus, und als dieser von Glaubensgenossen Besuch erhielt, wurde das Bild bemerkt. Die Juden erinnerten sich, dass ihre Vorfahren einst den Heiland ans Kreuz gebracht hatten, und sie glaubten, mit dem Bildnisse ebenso verfahren zu müssen, wie mit dem Sohne des Menschen vor zwei Jahrtausenden auf Golgatha. Sie haben bespieen also das Bild, stachen es mit Nägeln und Dornen und hielten ihm ein in Essig getauchtes Tuch an die Lippen. Und siehe da, mit einemmale begann das Bild, ganz wie einst der Leib Jesu, zu bluten und das Blut floss stundenlang, so dass tropfenweise ein ganzes grosses Gefäss damit voll wurde. Nun erschracken die Peiniger, und um Gott zu versöhnen, gingen sie hin und bestrichen mit dem Blut die Wunden ihrer Kinder und die Schwüren ihrer Kranken. Und alle wurden geheilt. Darauf gingen viele Juden zum Bischof, der sie taufte.“

* * *

Die letzten Publikationen des „Bunt“ (Aufstand), der Organisation des jüdischen Proletariats in Russland, dessen Leitung in Genf eine Druckerei besitzt, befassen sich mit den Metzeleien in Kischenew und bringen unter Anderem nachstehende Mitteilung: Die Unruhen waren planmässig von einem Komitee vorbereitet, das aus folgenden Personen bestand: Untersuchungsrichter Dawidowitsch, Notar Pissarjewsky, Dr. Tschindine, Grundbesitzer Tscherbana und Balinsky und Student Popow. Dieses Komitee hielt regelmässige Sitzungen im Hotel de Russie ab. Der Polizeikommissär Dabroselsky kam am Vortage der Unruhen in ein jüdisches Geschäft, liess sich verschiedene Waren geben und entfernte sich, ohne zu bezahlen. Darauf aufmerksam gemacht, erwiderte er: „Morgen werden wir euch alles nehmen.“ Charakteristischerweise hat der oben erwähnte Untersuchungsrichter, der selbst an der Spitze einer plündernden und mordenden Bande die Stadt durchzog, nun die Untersuchung zu leiten!

* * *

Von einem jungen Berliner Arzt, der auf einer Studienreise durch Südrussland in Odessa die Kunde von den Massakres in Kischenew erhielt, sofort dorthin abreiste und sich der Hospital-

verwaltung zur Verfügung stellte, geht dem „Berliner Tageblatt“ aus dem Kischenewer Lazareth eine Darstellung zu, der wir folgende erschütternde Einzelheiten entnehmen:

„Da liegt eine junge, kaum 18jährige Frau, der die Unmenschen die rechte Brust abgeschnitten haben; ihr kleines einjähriges Kind ruht in ihren Armen; man hat es, wie sie selbst erzählt, vor ihren Augen mit glühenden Eisen geblendet. Sie habe sich auf die Unmenschen gestürzt, doch sofort sei sie von der entmenschten Rotte niedergeworfen und geschändet worden. Als ihr Mann, der gerade dazu kam, von seinem Revolver Gebrauch machen wollte, habe man ihn gebunden und gezwungen, mit anzusehen, wie seiner Frau die Brust abgeschnitten wurde. Neben dieser Unglücklichen, aus deren tränenlosen Augen der entsetzliche Seelenschmerz dringt, sitzt aufrecht in ihrem Bette eine alte gramgebeugte Frau. Sie trägt eine Binde um den Kopf, der von einem Säbelhieb gespalten ist. Auf die Frage, warum sie nicht liege, antwortet sie, sie könne nicht liegen, der Rücken sei ihr mit Ruthen zerfleischt worden. Warum? Sie hatte, als die wilde Rotte eindrang, ihre Enkelkinder im Keller versteckt; die Kinder wurden, als man sie fand, vor ihren Augen abgeschlachtet, sie selbst ausgezogen und mit Geisseln gezüchtigt. Nebenan jammert ein sechsjähriges Mädchen, es windet sich in furchtbaren Zuckungen, will den Verband, den man ihm um den Kopf gelegt hat, abreissen, die Wärterinnen halten es an den Händen fest; da plötzlich streckt die Kleine sich lang hin, sie gibt keinen Laut mehr von sich — sie hat ausgelitten.

Noch schrecklichere Szenen spielen sich in dem Männersaale ab. Da befindet sich ein Greis, der sich, schrecklich verstümmelt, den Tod herbeiwünscht, denn er hat sein Weib, seine Söhne und Töchter umkommen sehen und hofft nun, bald mit ihnen vereinigt zu sein. Da sieht man einen Mann, dem man die Füsse abgesägt, einen Jüngling, dem man die Brust gespalten, ein Kind, dem man sämtliche Zähne ausgerissen hat, kurz, es ist ein unbeschreibliches Elend!“

* * *

Organisation einer jüdischen Volkswehr in Kiew.

Die bedrohten russischen Juden haben — wenigstens in Kiew — zu dem einzig zuverlässlichen Schutzmittel gegriffen: zu einer Organisation des Selbstschutzes und der bewaffneten Gegenwehr. Natürlich sind es jüdische Arbeiter, die die Organisation in’s Leben gerufen haben. Die letzte Nummer des in Stuttgart erscheinenden Organs der liberalen Opposition, der „Oswoboschdenje“ („Befreiung“), macht darüber folgende Mitteilung:

„Wenn Plehwe gehofft hat, das revolutionäre Feuer in Russland durch kaltblütige Massenopferung weiter Bevölkerungs-

schichten zu dämpfen, so lässt sich schon jetzt sagen, dass er sich gänzlich verrechnet hat, dass im Gegenteil die Entwicklung der revolutionären Kräfte einen gewaltigen Vorschub gerade infolge der Ereignisse erfahren habe. Das ist ein Lichtblick in dem düsteren Bilde mittelalterlichen Volkswahnsinns und verruchter Regierungspolitik, wie es die Maitage 1903 in Russland enthüllten. Von jeglicher Staatshilfe verlassen, wird der jüdischen Einwohnerschaft in den gefährdeten Städten die Selbstverteidigung geradezu aufgezwungen, eine Organisation der Volkswehr förmlich aus dem Boden gestampft. Die letzten Veröffentlichungen des jüdischen Bundes bringen auch darüber ungemein interessante Nachrichten aus Kiew. Hier befürchtete man ebenfalls, besonders in den Tagen um den 1. Mai, Krawalle. Gegen 30.000 jüdische Familien verlassen die Stadt. Die übrige jüdische Bevölkerung organisiert einen „Selbstschutz".

Ungefähr zweihundert jüdische Studenten haben sich mit Waffen, Knüppeln, Messer und Revolver ausgerüstet, ihnen gliederten sich jüdische Arbeiter, endlich auch andere Volksgenossen an. Fast alle jüdischen Tischler und Schlosser waren zeitweilig mit Anfertigung von Waffen beschäftigt. Die Reicheren gaben Geld dazu. Diese jüdische Volkswehr ist in Abteilungen von je zwanzig Mann organisiert und den freigewählten Komitees des Selbstschutzes unterstellt. Jede Abteilung ist mit dem Zentrum durch Telephonleitungen und Radfahrer verbunden; in fünfzehn Minuten können, wie probeweise Alarmierungen zeigten, grössere Massen an den verschiedensten Punkten der Stadt vereinigt werden. Drei Tage und drei Nächte kam man nicht aus den Kleidern, da man jeden Augenblick einen Angriff zu gewärtigen hatte.

In einer grossen Zahl von Proclamationen wendete sich das Komitee des Selbstschutzes an die jüdische und russische Einwohnerschaft. Unter Leitung eines Mitgliedes des Kammergerichtshofes organisierten, dem Aufruf folgend, auch die Russen Hilfskorps. Die Professoren des Kiewer Polytechnikums erklärten sich bereit, das Institut und ihre Privatwohnungen jüdischen Frauen und Kindern als Zufluchtsort zur Verfügung zu stellen, ja, sollen selbst sich zu einer „Abteilung" zusammengeschlossen haben. Zur Auskundschaftung der judenfeindlichen Stimmungen und Massnahmen trieben sich jüdische und russische Studenten, als Vagabunden verkleidet, auf den Bazaren herum, gingen in die Spelunken und übernachteten in den Nachtasylen etc. Hiebei leistete die russische Jugend besonders wertvolle Dienste, da die Juden leichter erkannt wurden. Kurz, Kiew glich einer belagerten Stadt.

Am 3. Mai kam es auch wirklich zu Versuchen antisemitischer Krawalle, sie wurden aber sofort schon von der Polizei unterdrückt, freilich war in beiden Fällen die Organisation der Selbstwehr sogleich zur Stelle. Aehnliches erzählt eine

jüdische Nachricht aus Pinsk: Am 1. und 2. Mai waren wir mit der Organisation einer Miliz zur Selbstwehr beschäftigt, es gelang, gegen 300 kräftige Gesellen, Zimmerleute, Fleischer, Fuhrleute und dergleichen, zu organisieren. Wir werden uns bis zum äussersten verteidigen.

* *
*

Wer trägt die Schuld?

Wie seinerzeit bereits gemeldet wurde, haben die Petersburger Schriftsteller in einer Mitte Mai abgehaltenen Versammlung, welcher mehr als zweihundert Vertreter der Journalistik und der Literatur beiwohnten, einstimmig eine Resolution gefasst, in welcher die Bluttaten von Kischenew in den schärfsten Ausdrücken gebrandmarkt und die masslosen Beschränkungen aller Rechte der Juden in Russland als die tiefere Ursache der Juden-Massakres bezeichnet wurden. Die Resolution konnte jedoch mit Rücksicht auf ihren anti-gouvernementalen Charakter der Oeffentlichkeit nicht bekanntgegeben werden. Um aber auch öffentlich die Greuel von Kischenew zu brandmarken, beschlossen die Schriftsteller, ein in diesem Sinne abgefasstes Schreiben in den Blättern zu publizieren. Aber bei der Verwirklichung dieses Vorhabens zeigte sich, wie sich die russische Bureaukratie zu den Bluttaten von Kischenew und zu den Protesten gegen diese Greuel verhält. Dieses Verhalten dürfte Vieles begreiflich machen, was angesichts der Vorgänge in Kischenew völlig unbegreiflich erschien. Das im Namen der Petersburger Schriftsteller und Journalisten abgefasste Schreiben wurde im Auftrage der Versammlung von dem russischen Publizisten und Schriftsteller Nikolai Annenskij redigiert und unterzeichnet. Zuerst wurde dieses Schreiben dem Herausgeber der „Nowosti", Ossip Notowitsch, zur Veröffentlichung übersendet. Der wies jedoch dieses Schreiben zurück unter Hinweis darauf, dass Minister v. Plehwe die Publikation untersagt habe. Fürst Esper Uchtomskij, der Herausgeber der „Petersburgskija Wjedomosti", verweigerte gleichfalls die Publikation des Schreibens. Auch die liberalen, in Moskau erscheinenden „Russija Wjedomosti" druckten das Schreiben nicht ab, sondern gaben den Inhalt desselben wieder, liessen aber die darin enthaltenen Worte aus: „Dem ganzen rechtlosen jüdischen Volke". Nur die in Petersburg erscheinende Wochenschrift „Woskhod" druckte das Schreiben vollinhaltlich ab. Und nun trat das Verhalten der russischen Bureaukratie deutlich zu Tage. Die ganze Auflage des „Woskhod" wurde konfisziert und der Verfasser des Protestschreibens, Nikolai Annenskij, zum Direktor des Polizei-Departements, Staatsrath Lopuchin, zitiert. Und hier, im Arbeitszimmer des Herrn Lopuchin, im Ministerium des Innern, vernahm Annenskij Ansichten, welche ihm die Gewalttaten von Kischenew begreiflich

machten. Herr Lopuchin sagte dem verblüfften Schriftsteller, wie die gutunterrichtete Stuttgarter „Oswoboschdenje“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wörtlich: „Ihre publizistische und gesellschaftliche Tätigkeit trägt einen schroff anti-gouvernementalen Charakter. Endlich gingen Sie so weit, in Ihrem im „Woskhod“ publizierten Schreiben von der „Rechtlosigkeit des jüdischen Volkes“ zu sprechen. Sie erklären also die Unruhen von Kischenew mit der Rechtlosigkeit der Juden. Sie messen folglich die Schuld an den Unruhen der Regierung bei. Ich erkläre Ihnen, dass die Regierung entschlossen ist, dies nicht länger zu dulden. Ich habe Sie hiehergerufen, um Sie zu warnen. Wenn Sie Ihre Tätigkeit in dieser Richtung fortsetzen sollten, wird das Ministerium die strengsten Massnahmen ergreifen, sogar die Verbannung nach Sibirien anwenden. Ich behaupte, dass die Juden in Bessarabien alle Rechte besitzen, die ganze ökonomische Macht liegt in ihren Händen. Ich betrachte Herrn Kruschewan (den bekannten Redakteur des antisemitischen hetzerischen Blattes „Bessarabetz“) als den einzigen Menschen, welchen die Juden nicht bestechen konnten . . .“ Das sagte Herr Lopuchin über Kruschewan, dem er selbst einige Tage zuvor im Auftrag des Ministers v. Plehwe eine Subvention von 25.000 Rubeln ausbezahlt hatte. Aber noch deutlicher hat sich der Vice-Gouverneur von Bessarabien, Staatsrat Ustrugow, über die Ursachen der Greuel von Kischenew geäussert. Auf dem jüdischen Friedhofe zu Kischenew, während der Beerdigung der zahllosen hingemordeten Opfer, richtete Ustrugow an die Tausende von Juden, welche erschienen waren, um den Unglücklichen die letzte Ehre zu erweisen, folgende charakteristische Ansprache: „Meine Herren! In allzu grosser Zahl seid ihr hier erschienen. Ich könnte auf Grund der mir eingeräumten Vollmachten euch alle sofort davonjagen, aber ihr tut mir leid. Beruhigt euch nun! Vergesst das Vorgefallene: das ist als Belohnung für eure Sünden oder für die Sünden eurer Eltern gekommen. Gott hat es so beschlossen, ihr müsst es in Demut ertragen . . .“ Der bekannte russische Akademiker Janschul, welcher mit Minister v. Plehwe eine Unterredung über Kischenew hatte, erzählt, Minister Plehwe hätte ihm gesagt, der wahre Antisemitismus in Russland sei nicht bei dem Minister des Innern, sondern am Zarenhofe selbst zu suchen . . .

* * *

Interpellation über die Kischenewer Greuel.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Juni richteten die Abgeordneten Dr. Ofner, Dr. Straucher und Genossen eine Interpellation an den Ministerpräsidenten, in welcher ausgeführt wird: Unsere Zeit ist leider allerorten von Leidenschaft,

von nationaler uud konfessioneller Feindseligkeit, von Rassen- und Klassenhass erfüllt. Dennoch steht die Bluttat von Kischenew ohne Beispiel da. In einer Stadt von 150.000 Einwohnern mit einem starken Polizeistand und einer grösseren Besatzung konnte eine Bande von einigen hundert Mann nach Gefallen rauben und morden. „Zerrissene Säuglinge, Kinder, die in die oberen Stockwerke geschleppt und von dort auf die Strasse geworfen wurden. Wöchnerinnen mit abgeschnittenen Brüsten und herausgerissenen Gedärmen, erdrosselte Mädchen, vor aller Welt geschändete Frauen, Männer mit herausgeschnittenen Augen und herausgerissener Zunge, Leichname, auf denen die Mörder tanzen und Fahnen schwingen, die sie mit dem Blut der gemordeten Opfer gefärbt haben.“ Dies ist das grause Bild, in welches der Bericht der Oesterreichisch-Israelitischen Union die Mitteilungen der Tatzeugen zusammenfasst. Die Interpellation zitiert sodann die Berichte über die Vorgänge von Kischenew, welche in der „Neuen Freien Presse“, in der „Arbeiter-Zeitung“, in den „Wjedomosti“ und in der „Frankfurter Zeitung“ erschienen sind und fährt dann fort:

Alles das geschah gegen Menschen, die den Angreifern nichts zuleide gethan hatten, die nur die Gottheit auf ihre Weise anbeteten und denen man einen Justizmord nachtrug, der vor 1900 Jahren aus Fanatismus begangen worden war und dem im Laufe dieser Zeit tausende gleichartiger Justizmorde aus gleicher Ursache nachgefolgt sind. Und dennoch ist nicht diese viehische Grausamkeit des Pöbels das am meisten Erschreckende, sondern dass die Untat angestiftet war, dass sie unter den Augen der Behörde stattfand, von ihnen geduldet und unterstützt wurde. Wochenlang hatte der „Bessarabetz“ wütende Hetzartikel geschrieben, Ritualmordlügen verbreitet und dem Volke eingeschärft, während der Ostertage Heiligenbilder und Osterkuchen als Erkennungszeichen in die Fenster zu geben. Offen hatte man in der Nachbarschaft verkündet, man solle in den Ostertagen nach Kischenew, man dürfe den Juden alles nehmen, der Zar erlaube das.

Augenzeugen berichten, dass unter der Bande Beamte waren, dass Sicherheitsleute über ihrer Uniform Zivilkleider trugen und die Banden anführten. Wie leicht es gewesen wäre, das Uebel zu verhüten, ergibt sich daraus, dass, sowie der Gouverneur die Anweisung erhalten und kundgegeben hatte, von jetzt sollten die Unruhen mit Gewalt unterdrückt werden, es mit einem Schlage still war.

Der Hilfsverein der deutschen Juden hat ein Mitglied seines Zentralkomitees nach Kischenew entsendet, aus dessen Aufnahmen sich folgende Sachlage ergibt: „Die Zahl der zerstörten Häuser beträgt in runder Summe 700, ausserdem sind 600 Geschäfte zerstört. Die Zahl der Menschen, die obdachlos geworden sind, ist auf 10.000 Personen oder 2000 Familien zu schätzen. Auf der Stelle wurden bei den Massakres 45 Personen getödtet, 84 schwer,

mehr als 500 leicht verwundet. Es ist kennzeichnend, dass sich die Witwen scheuen, selbst Geld anzunehmen, weil sie für die russischen Pfingsten neuerliche Plünderungen befürchten und annehmen, durch ihren Besitz die Plünderer auf sich zu lenken. Die Zahl der Personen, die mittelbar von den Ausschreitungen betroffen wurden, weil sie ihre Erwerbsquellen verloren haben, ist auf 20.000 zu schätzen. Die Geplünderten gehören zum ganz überwiegenden Teile den allerärmsten Schichten der Bevölkerung an, der Mittelstand ist schon weniger hart betroffen worden, und fast unberührt blieben die Reichen.“ Auch der letzte Umstand beweist, dass, wo die Behörden schützen wollten, sie es ohne Schwierigkeit tun konnten. Der materielle Schaden wird auf 10 Millionen Kronen geschätzt.

Die Interpellanten verkennen nicht, dass die Kritik einer in einem fremden Lande begangenen Tat in enge Schranken gebunden ist, aber sie ist trotz dieser Grenzen berechtigt, wenn ein gewisses Mass der Unmenschlichkeit überschritten ist, und schon in einigen Präzedenzfällen haben befreundete Mächte Vorstellungen gemacht, die auch in der epidemischen Natur von Unruhen begründet sind, welche durch Fanatisierung bildungsloser, gewalttätiger, hungriger Massen entstehen. Im vorliegenden Falle ist die Gefahr dringend, weil die russischen Pfingsten bevorstehen, und dieses Fest ebenso wie das Osterfest von Niederträchtigen benützt zu werden pflegt, um den Fanatismus der Menge zu Ausschreitungen zu hetzen. Es wird daher die Anfrage gestellt:

> Ist Seine Exzellenz geneigt, sich mit dem Minister des Aeussern in Verbindung zu setzen, dass dieser die russische Regierung auf die Verletzung alles menschlichen Gefühles durch die Kischenewer Bluttaten und auf deren hohe Gefahr für den allgemeinen Frieden aufmerksam mache und sich bei ihr für kräftige Massnahmen zur Verhütung weiterer derartiger Greuel einsetze?

* * *

Minister Plehwe und Kischenew.

Von einem Petersburger Freunde in hervorragender Stellung, der diesem Blatte als völlig zuverlässig und in seinem Urteil unabhängig bekannt ist, erhält die „Nation“ folgende Schilderung des politischen Hintergrundes, vor dem sich die Tragödie von Kischenew abgespielt hat. Die Darstellung lautet:

„Ueber die Ereignisse selbst, die sich in Kischenew begeben haben, sind wir in Petersburg vollkommen unterrichtet. Eine ganze Reihe von Korrespondenzen in den Zeitungen sowie mündliche Mitteilungen von Personen, die den Massakres beiwohnten, haben allen denen, die sich für die Angelegenheit interessierten, gute Berichte zur Verfügung gestellt, und diese einzelnen Berichte

liessen sich untereinander auf ihre Glaubwürdigkeit kontrolieren. Auf die grässlichen Vorgänge selbst einzugehen, versage ich mir. Die Szenen, wie man Kinder vor den Augen ihrer Eltern, die festgehalten wurden, an die Wand schleuderte, bis sie regungslos waren; wie man einem alten Mann den Bauch aufschlitzte und den Bauch alsdann mit Federn vollstopfte; wie man junge Mädchen schändete und Arbeitern Hände und Beine absägte — alles das findet sich bei uns sogar in den Zeitungen und ist in der Presse Westeuropas alsdann mit trauriger Deutlichkeit abgedruckt worden. Diese Ereignisse veranlassten Sie, mir folgende Frage vorzulegen: „Wie sind solche Ereignisse möglich, nicht in einem abgelegenen Dorf, sondern in einer bedeutenden Handelsstadt, die entsprechend ihrer nahen Lage an der Grenze mit Polizei wohl versehen und mit Militär ständig vollgepfropft ist?“ In der Tat, die Erörterung dieser Frage ist so bedeutungsvoll, dass sie weit hinausgreift über die lokalen Ereignisse, so schrecklich diese gewesen sind, und die Beantwortung dieser Frage wirft zugleich Licht nicht allein auf die Zustände einer russischen Provinzstadt, sondern auf die gesamte russische innere Politik, soweit sie vom Ministerium des Innern, insonderheit von Herrn Plehwe abhängig ist.

Die offizielle Darstellung, durch die sich die beteiligten Behörden zu decken suchen, ist die folgende: „Die Juden in Kischenew sind bei der christlichen Bevölkerung unbeliebt. Diese mangelnde Beliebtheit ist auf drei Gründe zurückzuführen; auf religiöse, auf wirtschaftliche und auf politische Gründe. Der Gegensatz der Religionen, die Konkurrenz im Erwerbe nähren die Feindschaft, und dazu soll neuerdings noch der Umstand hinzu kommen, dass der rechtgläubige und loyale Russe den Juden hasse, weil dieser als Sozialist gegen den Zaren wühle und die alte Ordnung des Reiches bedrohe. Der Zündstoff, der damit angehäuft worden, wäre leider — so sagt man — zur Explosion gelangt. Die Hefe der Bevölkerung habe sich schliesslich bei den Tumulten, an denen die Juden durchaus nicht unschuldig gewesen seien, beteiligt, die lokalen Behörden hätten vorübergehend den Kopf verloren, sobald aber die Nachrichten an die höheren Behörden in Moskau, wo der Kaiser war, gelangten, sei Ruhe und Ordnung wiederhergestellt worden.

An dieser Darstellung ist zutreffend, dass in gewissen Kreisen sowohl religiöse wie wirtschaftliche Antipathie gegen die Juden herrscht. Aber diese Antipathien würden die im innersten Kern gutartige Bevölkerung bei uns niemals veranlassen, eine Emeute zu inszenieren. Der Gedanke zur Emeute, wie der Gedanke, dass der Zar gegen die sozialistischen Juden verteidigt werden müsse, wurde unserer Bevölkerung von aussen eingeimpft.

Ist das auch insonderheit in Kischenew der Fall gewesen?

Von der Kischenewer Zeitung „Bessarabetz“ ist im Auslande schon viel gesprochen worden. Der Besitzer dieses Blattes ist ein

Herr Kruschewan. Dieses Blatt betreibt seit Jahren die Judenhetze systematisch. Da wir unter der Zensur leben, so bedeutet dies: Die Regierung hat gegen die Judenhetze nichts einzuwenden.

Wir haben zwar in Russland eine ganze Reihe antisemitischer Organe, aber ein Seitenstück zum „Bessarabetz" gibt es kaum. Das Blatt verbreitete Märchen über die Juden, die die Bevölkerung im höchsten Grade aufregen mussten, und allmählich erhielt diese Hetze eine immer deutlichere politische Spitze. Die Juden wurden zugleich als diejenigen hingestellt, die den Zaren entrechten und das ganze Reich unterminieren wollten. Die Wirkung dieser unter den Augen der Regierung betriebenen Propaganda blieb nicht aus. Der Fanatismus wurde einerseits erregt, aber der Fanatismus ist bei den breiten Schichten unserer Bevölkerung nur dann eine gefährliche Macht, wenn der gemeine Mann annimmt dass das, was er tut, vom Zaren befohlen sei. Und nun ereignete sich dasselbe, was sich im Jahre 1881 ereignet hatte. Die Bevölkerung von Kischenew und Umgebung glaubte wie damals an ein goldenes Manifest des Zaren, das in den Gemeindekanzleien eingetroffen sei und das befähle, die Juden zu Ostern zu erschlagen.

Den Juden waren diese Gerüchte wohl bekannt, und sie haben daher wiederholt und dringend den Gouverneur v. Raaben gebeten, die Unwahrheit dieser Gerüchte öffentlich zu erklären und Vorkehrungen gegen Ausschreitungen zu treffen. Herr v. Raaben tat aber nichts; er wies die Juden ab, oder er gab ihnen leere Versprechungen. Bedeutete diese Haltung für die Masse der Bevölkerung eine Bestätigung der umlaufenden Gerüchte, so war es für die Intelligenz gleichfalls von entscheidender Bedeutung, dass der Gouverneur in seiner Indolenz verharrte, während der Vizegouverneur Ustrugow als Mitarbeiter des „Bessarabetz" und gleichzeitig als Zensor dieses Blattes der ganzen Bewegung zu allem Ueberfluss noch die unmittelbare behördliche Genehmigung aufzudrücken schien. Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, dass schliesslich die Krawalle mit einer gewissen Planmässigkeit sich abspielten. Die ungebildete Bevölkerung glaubte im Namen des Zaren zu handeln und die gebildete Bevölkerung nahm berechtigterweise an, dass die Regierung den Krawall wolle. Durch die Einmischung des Verbrechertums und Pöbels, das bei der Passivität der Behörden, der Gendarmen und des Militärs immer kühner wurde, erhielt die Bewegung ihre eigentliche Färbung, und ich glaube annehmen zu dürfen, dass man bei uns in Petersburg im Ministerium des Innern dem Gouverneur nur eins verdenkt: dass er auch träge blieb, als den Ausschreitungen der Stempel kurdischer Barbarei aufgedrückt worden ist. Krawalle — ja; aber nicht so sensationelle Krawalle, die die ganze Welt bis Amerika in Empörung bringen mussten.

Die „Times“ haben einen Geheimerlass des Ministers Plehwe vom 25. März an den Gouverneur von Bessarabien veröffentlicht, der folgenden Wortlaut hat:

„Ich habe erfahren, dass in der Ihnen anvertrauten Gegend ausgedehnte Unruhen gegen die Juden, die hauptsächlich die lokale Bevölkerung ausbeuten, vorbereitet werden. Im Hinblick auf die allgemeine Aufgeregtheit, die sich zu betätigen sucht, und auch im Hinblick darauf, dass es zweifellos nicht wünschenswert ist, durch strenge Massnahmen regierungsfeindliche Gesinnungen einer Bevölkerung einzuflössen, die bisher von der revolutionären Propaganda noch nicht berührt worden ist, wird Eure Excellenz nicht verfehlen, zur Verhütung etwaiger Unruhen beizutragen durch Ermahnungen der Bevölkerung, ohne jedoch irgendwie zu Waffengewalt Zuflucht zu nehmen.“

Ich habe diesen Erlass nicht zu Gesicht bekommen. Dass seine Existenz offiziell dementiert worden ist, beweist natürlich nichts. Ob er existiert, ob er nicht existiert, mag dahingestellt bleiben. Aber ist er nicht vorhanden, so ist er ausgezeichnet erfunden, und er kann nur erfunden sein von einer Persönlichkeit, die mit den Vorgängen innerhalb der Regierung ausserordentlich vertraut ist.

Die Protektion, die Kruschewan geniesst, ist nämlich nicht nur eine lokale. In Kischenew selbst ist das Blatt Kruschewan’s durch die Behörden zu einem führenden gemacht worden. Ich erwähnte, dass der Vizegouverneur und Zensor der Zeitung, Ustrugow, Mitarbeiter an dem Blatte unter dem Pseudonym „Dreizwanzig“ war und dass andere Beamte, Richter etc. an dem Blatte mitarbeiteten — es wurde überdies durch die Behörden eine andere Zeitung des Ortes, der „Bessarabski Westnik“, beseitigt; es wurden alle Gesuche wegen Herausgabe einer zweiten, anständigen Zeitung abgeschlagen, und es wurde schliesslich der nichtoffizielle Teil der offiziellen Zeitung abgeschafft, so dass das Organ des Herrn Kruschewan für die Zeitungsleser allein bestehen blieb. Alles dies betrifft Kischenew. Herr Kruschewan erhielt aber auch die Erlaubnis, in St. Petersburg eine Zeitung herauszugeben, „Snamja“ mit Namen; er wurde, was ich verbürgt mitzuteilen in der Lage bin, aus Staatsgeldern von dem Minister Plehwe mit 25.000 Rubeln subventioniert, und in einem Ministerkonseil verlangte Herr Plehwe eine weitere Subventionierung, die nur dadurch verhindert wurde, dass der Minister Witte erklärte, Staatsgelder ständen für diesen Zweck nicht zur Verfügung. Unter diesen Umständen erhielt Herr Kruschewan, der hoch verschuldet ist, durch die Protektion des Ministers Plehwe den gewünschten Betrag von der Staatsbank auf Solawechsel, die Herr Kruschewan einzulösen nicht in der Lage sein würde.

Zu welchem Zweck protegiert nun Herr Plehwe Herrn Kruschewan?

Man muss sich der Tatsache erinnern, dass der Minister Plehwe zur Zeit der grossen Judenverfolgungen in Russland im Jahre 1881 der Gehilfe und Vertreter des Ministers Ignatiew als Chef des Polizeidepartements gewesen ist, und dieselben politischen Ziele, die damals Ignatiew verfolgte, verfolgt heute der Minister Plehwe.

Diese Ziele lassen sich kurz folgendermassen charakterisieren: Das Interesse der Bevölkerung soll durch Judenkrawalle von der Erörterung wahrhaft brennender politischer Fragen abgelenkt werden. Die unruhige Arbeiterpartei, unter der sich auch Juden befinden, soll gespalten werden, indem die Rechtgläubigen gegen die Juden ausgespielt werden, die Unzufriedenheit der hungernden Massen soll auf die Juden gelenkt werden, und der Kaiser soll in der Ueberzeugung verbleiben, dass bei den Zuständen des Reiches, wie sie sich vor seinen Augen abspielen, dass im Augenblick barbarischer Ausschreitungen irgend welche politischen Aenderungen, wie sie die gebildete Bevölkerung wünscht, ein Ding der Unmöglichkeit wären. Das Volk sei hierfür nicht reif.

Ob ein Erlass, wie ihn die „Times“ publiziert haben, existiert, ist gleichgiltig. In jenen Regierungskreisen, die den Willen des Ministers Plehwe kennen, ist man jedoch überzeugt, dass ein derartiger Erlass seine Intentionen wiedergeben würde, und die charakterlosen Streber innerhalb der Regierungsmaschinerie sind bereit, entsprechend solchen Plänen zu handeln.

Es ist daher auch keineswegs ausgeschlossen, dass auf die Ereignisse in Kischenew verwandte Ereignisse an anderen Orten folgen. Treten sie ein, so ist der Minister Plehwe für sie verantwortlich; denn sie entstehen nur, wenn er sie will.

Ein Umstand mag diese Entwicklung verhindern. Die Exzesse in Kischenew waren allzu programmwidrig barbarisch. Sie haben den Zaren empört, und es ist dem Minister Plehwe nur mit Mühe gelungen, den Zaren zunächst von einem Schritte abzuhalten, der nicht nur für die Kischenewer lokalen Behörden hätte verhängnisvoll werden können.

Der Zar hatte die Absicht, seinen Adjutanten zu Zwecken seiner persönlichen Information nach Kischenew zu entsenden. Das wusste der Minister des Innern glücklich zu hintertreiben, und er seinerseits schickte nunmehr an den Ort der Tragödie als seinen Beauftragten Herrn Lopuchin, eine seiner Kreaturen, einen noch jungen Mann, der bis vor kurzem Staatsanwalt in Petersburg gewesen ist.

Die Meldung dieser Reise verbreitete zunächst in Kischenew eine Panik unter den intellektuellen Leitern der Krawalle. Herr Lopuchin wusste gemäss den Instruktionen des Herrn Plehwe die beunruhigten Gemüter jedoch schnell zu beruhigen.

Als Lopuchin dann in Petersburg schliesslich seine milden schriftlichen Berichte erstattete, erschien auch dieser Bericht Herrn

Plehwe noch zu düster, und er veranlasste — es steht dies fest — dass die Farben gänzlich verändert wurden.

Nichts ist also irrtümlicher, als die Kischenewer Ereignisse als ein Zeichen revolutionärer Anarchie im Volke anzusehen. Die Ereignisse in Kischenew bedeuten vielmehr, dass Herr Plehwe die wilden Instinkte der ungebildeten Bevölkerung und die Gemeinheit des gebildeten Pöbels in seine Dienste genommen hat, um das Regime, wie es besteht, noch eine Zeit lang fortvegetieren zu lassen und um seine eigene Unentbehrlichkeit in so unruhigen Zeiten dem Kaiser zu erweisen.

Die Arbeiter- und Bauernunruhen, die hier und dort sich zeigen, sollen hinübergeleitet werden in Unruhen gegen die Juden, und den Zaren sucht man von jeder Intervention, die ihm seine humanen Gefühle diktieren könnten, obgleich er kein Judenfreund ist, dadurch abzuhalten, dass man ihm die künstlich erzeugte antisemitische Stimmung als ureigenste Empfindung des loyalen russischen Volkes hinstellt und ihn warnt, dieses loyale russische Volk durch eine Beschützung der Juden zu verletzen und zu entfremden.

Um die Revolution und die Unzufriedenheit zu bekämpfen, sucht überdies der Minister Plehwe — allerorten unter hoher behördlicher Protektion — eine loyale Arbeiter- und Kleinbürgerpartei ins Leben zu rufen, und diese Partei soll zusammengehalten werden durch das Programm: eine Schutzwache für den Zaren zu sein, der von den Juden bedroht werde.

Alle einsichtigen Beurteiler sind sich darüber einig, dass dieses Programm zwar neues Unglück und neue Schmach über unser Land bringen kann, aber einen politischen Erfolg, der länger dauert als von heute bis übermorgen, wird es nicht haben und kann es nicht haben.

Ich meinerseits glaube für absehbare Zeit nicht an die Möglichkeit des Konstitutionalismus und Parlamentarismus in Russland. Dafür fehlen uns noch zahlreiche Vorbedingungen. Uns kann zur Zeit nur eines retten: eine ehrliche Verwaltung — Sie im Ausland sind ja vielfach anderer Ansicht und viele jüngere Elemente bei uns auch; mein Standpunkt wird hingegen von nicht wenigen Personen in ausschlaggebender Stellung bei uns getheilt, und diese alle sind in Folge dessen Gegner des Herrn Plehwe, dessen intriguante und gewissenlose Politik uns Katastrophen näher bringt, und diese Katastrophen werden dann nicht nur die Juden treffen.

So sind denn die Ereignisse von Kischenew der Exponent auch für starke Gegensätze innerhalb der regierenden Kreise.

Die Stellung des Herrn Plehwe wird daher von sehr starken Personen berannt, aber sie ist heute noch nicht erschüttert, und sein Einfluss auf den Zaren, den er beständig mit der Revolution und mit Attentaten zu erregen sucht und dem er sich stets von neuem als unentbehrlich hinzustellen weiss, ist zur Zeit als fest

noch zu bezeichnen. Sie wird auch fest bleiben, solange Herr Plehwe in der Lage ist, an jedem Tage, an dem es ihm beliebt, persönlich mit dem Zaren zu sprechen. Dann ist es so, wie er in vertrautem Kreisen pantomimisch zu erkennen gab, indem er bei Erörterung der Frage seiner Zukunft sich als Kapellmeister hinstellte und die Bewegung machte, als ob er den Taktstock für ganz Russland schwänge.

Bei aller Empörung über die Bestialitäten, die in Kischenew verübt worden sind, soll man doch im Ausland nicht vergessen, dass unser Volk an diesen Scheusslichkeiten weit weniger Schuld ist, als unser Minister des Innern und seine Kreaturen. Und auch das darf man nicht ausser Acht lassen. Was in Kischenew dramatisch zusammengedrängt sich in wenigen Tagen und auf einem einzigen Schauplatz abgespielt hat, das spielt sich in ähnlicher Weise bei uns in Russland tagtäglich ab — nur freilich nicht in einer einzigen Stadt, sondern zerstreut über das ganze riesige Reich, und immer unter Anführung von korrupten und streberischen Behörden. Wenn es den Polizeiorganen passt, schlägt man hier und dort Menschen todt, überall nur ein paar; man schleppt Unschuldige in den Kerker, Beamte plündern uns aus; hoffnungsvolle junge Menschen gehen in Sibirien zu Grunde. Diese Chronik würde tagtäglich aus allen Richtungen des Reiches mit Tatsachen angefüllt werden können, und addirte man die Posten, — die Summe wäre schwerlich geringer als in Kischenew.

Die Tragödie von Kischenew ist die Tragödie des russischen Volkes, nicht nur der Juden, und inszeniert wird sie von einer verkommenen und kurzsichtigen Bureaukratie, deren mächtigster Vertreter heute Herr Plehwe ist. Diese Bureaukratie, die uns im Innern schwächt und mehr und mehr demoralisiert, schändet uns vor Europa.

Die Zahl derer, die das in Russland empfinden, ist keine kleine. Ueber die Mittel zur Heilung gehen die Ansichten wohl auseinander. Ich glaube nur an eine einzige Heilung. Der Zar muss über die Sachlage aufgeklärt werden, er muss in der Lage sein, festes Vertrauen zu denen zu gewinnen, denen er diese Aufklärung verdankt, und er muss sich alsdann mit ehrlichen Männern umgeben. Die gibt es, das soll man im Auslande nicht vergessen, in unserem Adel und in unserer Intelligenz.

Die Worte liberal und konservativ im landläufigen Sinne Westeuropas passen auf unsere Verhältnisse nicht. Was wir brauchen, ist eine Bureaukratie, die es dem Volk ermöglicht, menschenwürdig zu leben, sich menschenwürdig zu entwickeln, und die dem Zaren ergeben ist.

Für eine Entwicklung in dieser Richtung ist Herr Plehwe in diesem Augenblick das stärkste Hindernis. . . . .

Zur Regelung der israelitischen Kultussteuern.

Die laut Gesetz vom Jahre 1896 einzuhebende israelitische Kultussteuer erfolgt auf dem Wege individueller Einschätzung, die einer autonomen Rekursinstanz unterliegt. Die gesetzlich zulässigen Sätze bewegen sich in Wien vom Minimum von K 20·— bis zum Maximum von K 12.000·— aufwärts und können eventuell bis auf das Doppelte, also bis auf K 24.000·— erhöht werden. Die Kultussteuer ist ebenso wie in Preussen nicht nur eine Einkommen-, sondern auch eine Vermögenssteuer, so dass auch jene entsprechend zur Kultussteuer herangezogen werden können, die einen ertraglosen Besitz ihr Eigen nennen, d. h. keine Personaleinkommensteuer zahlen. Immerhin dürfte die Personaleinkommensteuer mit wenigen Ausnahmen als die sicherste Einschätzungsgrundlage benützt werden. Dieser Ansicht pflichtete auch der Vorstand der Wiener Kultusgemeinde bei, indem er vor Inkrafttreten des neuen Regulativs das Ersuchen an das k. k. Finanzministerium stellte, dass analog den preussischen Verhältnissen die Einsicht in die Personaleinkommensteuerbekenntnisse behufs Bemessung einer perzentual fixierten Kultussteuer gestattet werden möge. Das Finanzministerium gab diesem Ansuchen keine Folge, da die Personaleinkommensteuer — wie die Erledigung des Finanzministeriums lautete — nicht als Basis für weitere Umlagen, Steuern etc. intendiert war und weil auch die allgemeinen Bestimmungen des österreichischen Personaleinkommensteuergesetzes und der Vollzugsvorschrift hinsichtlich der Einsicht in die Steuerbekenntnisse damit in Widerspruch sein würden. Schon früher hatte das Finanzministerium analogen Wünschen anderer Behörden gegenüber diesen Standpunkt eingenommen und einnehmen müssen. Die Entscheidung des Finanzministeriums musste nun begreiflicherweise eine Willkür in der Bemessung hervorrufen und um so grösser musste diese werden, als es sich — wie oben erwähnt — bei der israelitischen Kultussteuer — im Gegensatz zur evangelischen Kultussteuer, deren höchster Satz K 1000·— beträgt — um ganz horrende Maximalsätze handelt. Ob ein neuerliches Einschreiten beim Finanzministerium mehr Erfolg gehabt hätte, bezweifeln wir allerdings. Immerhin hätte in einer neuerlichen Eingabe darauf hingewiesen werden sollen, dass die Kultussteuer, von der fast 50 Perzent für Spital, Altersversorgung, Gratisbeerdigungen etc. verbraucht werden, den Staat und die Gemeinden erheblich in ihren Verpflichtungen entlastet.

Nun dünkt uns, dass die Entscheidung des Finanzministeriums trotzdem keine Willkür zur Folge hätte haben müssen, sofern das Ansuchen der Kultusgemeinde ernst gemeint war, und dass ein anderer loyaler, weit billigerer Ausweg offen stand. Die Kultusgemeinde hätte nämlich, da sie immerhin einen ungefähren Ueberblick über das staatliche „Steuer-Soll" der jüdischen Einwohner

hat, sofort einen fixen Perzentsatz als Richtschnur pro foro interno bestimmen und diesen auch bekanntgeben sollen. Dieser Perzentsatz hätte relativ hoch sein können, jedenfalls wäre dadurch die Willkür beseitigt und dem einzelnen Steuerträger die Möglichkeit gegeben, im Falle zu hoher Besteuerung seine Personaleinkommensteuer-Vorschreibung vorzuzeigen, resp. freiwillig einen Vermögensnachweis zu erstatten. Allerdings rechnen wir mit der ehrlichen Fatierung seitens unserer Glaubensgenossen und wir haben auch genügende Anhaltspunkte dafür, dass im Grossen und Ganzen — und darauf kommt es schliesslich nur an — auch ehrlich fatiert wird. Nach Ausnahmsfällen soll man nicht generalisieren. Aber gerade die Wiener Kultusgemeinde dürfte sich auch heute nicht auf den Standpunkt der inkorrekten Fatierung stellen, um die Fixierung eines bestimmten Perzentsatzes als unmöglich hinzustellen; war sie doch selbst laut ihrem Ansuchen an das Finanzministerium gewillt, die Personaleinkommensteuer als Basis anzunehmen. Der Hinweis auf die eventuellen Austritte im Falle zu hoher Besteuerung ist ganz hinfällig, denn die aus Steuergründen veranlassten Uebertritte wären sicherlich kaum nennenswerth und erfolgen als Vorwand für die Taufe übrigens auch heute schon. Jedenfalls ist der heutige ganz willkürliche Einschätzungsmodus ebenso unwürdig als auf die Dauer unhaltbar, umsomehr als man mit einem bekanntgegebenen Perzentsatz sicherlich eine weit grössere Steuer hereinbringen würde, während heute die vermögendsten Glaubensgenossen, ferner Rentner, Aerzte, Advokaten etc. auf Kosten des Mittelstandes, speziell des Kaufmannstandes, unverhältnismässig geschont werden. Ohne uns in Details einzulassen, die unglaubliche Resultate erweisen würden, kann wohl behauptet werden, dass es den tatsächlichen Verhältnissen keineswegs entsprechen dürfte, wenn unter den zirka 800 jüdischen Advokaten in Wien sich nur 12 befinden sollen, die K 200 und mehr an Kultussteuer zahlen können, d. h. ein Einkommen aus Beruf und Vermögen von zirka K 30 000 und mehr besitzen. Und dasselbe gilt hinsichtlich der Aerzte, von denen sich ebenfalls nur 12 in der Liste der Höherbesteuerten befinden. Es fehlen bezeichnender Weise die beschäftigtsten jüdischen Spezialisten, trotzdem es bekanntermassen darunter solche gibt, die K 50.000, K 100.000 und darüber Einkommen haben. Eine Kultussteuer von K 200 wird aber bei Kaufleuten schon bei einem Einkommen von zirka 30.000 tatsächlich eingehoben. Wir wollen und können nicht untersuchen, ob aus der zirka 150.000 Seelen umschliessenden Wiener jüdischen Bevölkerung wirklich nur 14.000 Steuerträger bei Berücksichtigung des Minimalsatzes von K 20 herangezogen werden können und ob es trotz der hohen Einhebungskosten nicht opportun erscheinen sollte, auch jene Glaubensgenossen heranzuziehen, die angeblich bereit wären, K 10 zu zahlen und deren es — wie oft behauptet wird — eine grosse Menge geben soll. Wir

glauben aber bestimmt, dass mittelst eines fixen Perzentsatzes ein erhebliches Plus an Kultussteuer zu Tage gefördert werden könnte. Auf alle Fälle sollte der jetzt bestehende ebenso unwürdige wie willkürliche Einschätzungsmodus beseitigt werden, nach welchem manche Glaubensgenossen oft das Fünffache der Kultussteuer ihres weit besser situirten Nachbars zahlen, ohne dagegen rekurrieren zu können.

Der Wiener Kultusgemeinde aber obliegt schon mit Rücksicht auf das Beispiel für die anderen Kultusgemeinden die Pflicht, hier den Beginn zu machen und ehebaldigst Wandel zu schaffen.

Mitteilungen der „Oesterreichisch-Israelitischen Union".

Wanderversammlungen.

Der Sekretär der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" hat im Laufe des Monates Mai seine Wandervorträge zunächst in Mähren fortgesetzt.

Am 5. Mai referierte Herr Fleischer in Auspitz, wo demselben ein ehrenvoller Empfang bereitet wurde, über die Rechtsschutztätigkeit der „Union". Zu der Versammlung hatten sich auch Glaubensgenossen aus der Umgebung, insbesondere aus Saitz eingefunden. Dieselbe wurde von Herrn Kultusvorsteher Aschkenes mit einer kurzen, die Verdienste der „Union" würdigenden Ansprache eingeleitet. Nach Schluss des mit stürmischem Beifalle aufgenommenen Vortrages erfolgte der Beitritt aller Anwesenden.

Am 7. Mai sprach Herr Fleischer vor einer zahlreichen Versammlung in Kostel, welche in Verhinderung des Kultusvorstehers von dem Bürgermeister der politischen Israeliten-Gemeinde Herrn Josef Rosenzweig geleitet wurde. Die Ausführungen unseres Sekretärs erweckten das gespannte Interesse der Versammlung, an deren Schluss Herr Rabbiner Abraham Weisz mit eindringlichen Worten zur kräftigen Unterstützung der „Union" aufforderte.

Am 9. Mai erschien unser Delegierter vor den Mitgliedern der Kultusgemeinde Misslitz, die sich unter dem Vorsitze des Kultusvorstehers, Herrn Josef Pollenz, zahlreich versammelt hatten. Auch hier war der Erfolg ein überaus erfreulicher und der begeisterten Aufforderung des Herrn Kultusvorstehers zum Beitritte leistete eine überraschend grosse Anzahl der Gemeindemitglieder Folge.

Auch in Austerlitz, wo unser Sekretär am folgenden Tage unangesagt erschien, kam eine stattliche Versammlung zustande, die von Herrn Kultusvorsteher Josef Strach einberufen wurde.

Am 12. Mai sprach Herr Fleischer in der Kultusgemeinde Wallachisch-Meseritsch, wo ihm gleichfalls ein ehrenvoller Empfang zuteil wurde. Herr Kultusvorsteher Ignaz Löw eröffnete die imposante Versammlung, zu welcher sich ausser vielen Damen auch Mitglieder des Minjanvereines in Wsetin eingefunden hatten, mit Worten herzlichster Begrüssung für den Delegierten der „Union". Der eineinhalbstündige Vortrag erweckte das nachhaltigste Interesse und eine wahrhaft begeisterte Stimmung, die am Schlusse in anhaltendem Beifalle und in dem Beitritte sämmtlicher Anwesenden zum Ausdrucke kam.

Am 19. Mai erstattete unser Delegierter in der Kultusgemeinde Neu-Raussnitz über die Rechtsschutzarbeit der „Union" Bericht. Zu dem Vortrage hatte sich nahezu die gesamte Gemeinde nebst zahlreichen Frauen eingefunden. Herr Kultusvorsteher Richard Löw begrüsste unseren Delegierten in herzlichster Weise und verwies auf die werktätige Hilfe, welche unseren bedrängten Glaubensgenossen durch das Rechtsschutzbureau der „Union" in unzähligen Fällen gewährt wurde. Nachdem der Vortragende geendet hatte, ergriff Herr Rabbiner Doctor Max Steif das Wort, um der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" für deren gemeinnützige Wirksamkeit Dank und Anerkennung auszusprechen und zum Beitritte aufzufordern. Der Gewinn an Mitgliedern war auch hier ein erheblicher.

Am 20. Mai versammelten sich die Mitglieder der Kultusgemeinde Wischau unter dem Vorsitze des Kultusvorstehers, Herrn Sigmund Hofmann in stattlicher Zahl in dem prächtigen Saale des „Deutschen Hauses". Nach ehrenvoller Begrüssung durch den Vorsitzenden entrollte Herr Fleischer ein anschauliches Bild der umfangreichen Tätigkeit des Rechtsschutzbureaus. An den Vortrag schloss sich, angeregt durch mehrfache Interpellationen, noch eine Diskussion, worauf die Einzeichnung einer grossen Anzahl von Mitgliedern erfolgte.

Ein überaus herzlicher Empfang wurde unserem Delegierten am 24. Mai in Mährisch-Schönberg, dem derzeitigen Amtssitze der Kultusgemeinde Mährisch-Aussee, bereitet, wo der verdienstvolle Vorsteher, Herr Jacob Stern, eine imposante Versammlung vorbereitet hatte. Zu derselben waren auch Gemeindemitglieder aus Mährisch-Aussee und Hohenstadt erschienen; ferner hatten sich zahlreiche Damen eingefunden. Herr Vorsteher Stern eröffnete die Versammlung mit Worten herzlicher Begrüssung und warmer Anerkennung für die „Union" und deren Delegierten. Der eineinhalbstündige Vortrag des Sekretärs Fleischer erweckte unter den Anwesenden wahre Begeisterung, welcher am Schlusse Herr Jakob Stern neuerlichen Ausdruck lieh. Zu den in Mährisch-Schönberg bereits vorhandenen Mitgliedern gesellte sich noch eine ansehnliche Anzahl neuer hinzu.

Am 25. Mai schloss diese Serie der Wanderversammlungen mit einem Vortrage in Jamnitz ab, wo unser Delegierter von Herrn Kultusvorsteher Samuel Kohn, Rabbiner Dr. Morgenstern und Herrn Dr. Hermann Wertheimer in herzlichster Weise empfangen wurde. An den mit grossem Beifalle aufgenommenen Vortrag knüpfte sich noch eine interessante Auseinandersetzung über die Stellung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" zum Zionismus. Die diesbezüglichen Ausführungen unseres Delegierten fanden die ungeteilte Zustimmung der Versammlung, deren Teilnehmer nahezu vollzählig der „Union" beitraten.

Im Laufe dieser Vortragstour hat Sekretär Fleischer auch mit Vertrauensmännern der „Union" in Brünn, Olmütz, Teschen und Friedek-Mistek über wichtige Vereinsangelegenheiten mündliche Aussprache gepflogen.

Mit Beginn des Herbstes wird die von uns bereits angekündigte Agitation unter den Wiener Glaubensgenossen in Angriff genommen werden, für welche die erforderlichen Vorbereitungen schon im Sommer getroffen werden.

Für die Opfer von Kischenew

sind der „Oesterreichisch-Israelitischen-Union" zugegangen:

Herr Heinrich Heisler in Chrast (Böhmen)	K	20.—
Sammlung der israelitischen Kultusgemeinde Pardubitz	„	370.—
Kultusvorstand in Theusing	„	18.—
Herren Hauser & Sobotka, Wien	„	100.—
K. K., Wien	„	2.—
Herr Theodor Kantor, Wien	„	100.—
Sammlung der Kultusgemeinde Tachau	„	233.90

Sammlung der Kultusgemeinde Czaslau, und zwar:

Kultusgemeinde K 5.—, Eduard Lustig, Kultusvorsteher 10.—, Ferd. Müller 5.—, Julius Böhm, Třemošnic 1.—, Marie Abeles 2.—, JUDr. Rubin 5.—, Leopold Pick 10.—, Rud. Pollak 4.—, Ig. Traub 4.—, Franz & Adolf Musil 5.—, Em. Bekman 6.—, Abr. Eisner 2.—, Jakob Hönigsfeld 4.—, Josef Smrčka 4.—, Gust Friedländer 1.—, Ignaz Löwy 2.—, Lustig & Pick 20.—, Ernst Kumermann 5.—, Em. Doktor 6.—, MUDr. Kahn 20.—, Jul. Kauder 2.—, Filipp Weiner 6.—, Josef Freund 8.—, Em. Wassermann 5.—, MUDr. Wassermann 5.—, Moriz Hönigsfeld 2.—, Heinrich Beck 2.—, Alois Geiger 1.—, Julius Hönigsfeld 2.—, Alb. Seidemann 2.—, W. Agular 1.—, Heinrich Schwarz 2.—, Heinrich Langer 2.—, Rob. Mautner 1.—, Ed. Goldberger 2.—, Karl Müller 5.—, Leopold Kumermann 10.—, Ad. Werner, Drobovic 2.—, Ad. Musil, Zehusič 10.—, Jos. Freund, Zehusič 1.—, Em. Lavetzky, Rohožec 2.—, Hermann Eisner, Cholusić 4.—, Max Wessely, Tustadl 5.—, Hauptmann Neiber 4.—, Franz Löwy, Czaslau 2.—, Karl Brod, Wrdy 4.—, Max Brod, Wrdy 2.—, Alois Brod, Bućic 6.—, Veit Müller, Žleb 1.—, Fr. Krasa, Žleb 3.—, Em. Hermann, Podhořan 6.—, H. Holzer, Vynar 4.—, Rabbiner Hoch, Czaslau 2.—, Ungenannt 1.—; zusammen . . . . „ 240.—

Sammlung der Kultusgemeinde D r o h o b y c z, und zwar:

Josef Gartenberg K 10.—, Ignatz Gartenberg 5.—, Elias Feuerstein 5.—, Dr. Mauricy Pachtman 2.—, Dr. Marek Taub 2.—, Dr. Isidor Lauterbach 4.—, Josef Sternbach 3.—, Falik Halpern 4.—, Unger 2.—, Lindenbaum Sara 2.—, Gartenberg S. 1.—, Zupnik 1.—, A. Rosalia 1.—, Safrin Emil 2.—, Jonas Wagmann 2. , Lindenbaum 2.—, Saul Bodracki 2.—, Michael Eibenschütz 1.—, Dr. Mauricy Morgenroth 2.—, Osias Sussmann 1.—, David Bloch 1.—, Jacob Hruschowski 1.—, Mordche Josefsberg 1.—, Salomon Rothenberg 1.—, Josef Spinner 1.—, Landau 1.—, Benjamen Chajes 1.—, Josef Lauterbach jun. 1.—, Leon Goldhamer 1.—, Waldinger Abraham 1.—, Bernhard Wachtel 1.—, Eisig Pastenak 1.—, Elias Ellenberg 1.—, Wiesenberg 1.—, Wagschal 1.—, Josef Hules 1.—, Hersch Stern 1.—, Leiser Sternbach 1.—, Sigmund Chajes 1.—, Chaim S. Rubin 1.—, Bernsohn 1.—, Treifler 1.—, Isidor Mandel 1.—, Leop. Mandel 1.—, Leiser Sobel 1.—, Isak Trauber 1.—, Sische Turteltaub 1.—, Aron Bergwerk 1.—, Becher 1.—, Lindenbaum 1.—, Israel Lauterbach 1.—, Baruch Hoffner 1.—, Josef Egert 1.—, Hilel Brand 1.—, Max Rosenbusch 1.—, Leopold Sussmann 1.—, Chaim Karliner 1.—, Salomon Bloch 1.—, Gustav Fastmann 1.—, Jonas Wiesenburg 1.—, Leon Heller 1.—, Leil Reizes 1.—, Selig Kreppel 1.—, Salomon Geller 1.—, Dr. Oskar Hoffner 3.—, Mendel Sperber 1.—, Unbekannte 2 Christen 2.—, Rubin Wald 1.—, Leon Schutzmann 1.—, Rabbiner Dr. Margulies 1.—; zusammen . . . . K 107.—

Herren L e d e r e r & W o l f . . . . K 13.—
Herr L. K l a u b e r, Neugedein . . . . „ 4.—
Geselliger Bildungsverein P a r d u b i t z . . . . „ 100.—
Herr J. K o h n, Petersburg (Böhmen) . . . . „ 10.—
Herr Hotelier Emil H a š e k, Pardubitz . . . . „ 12.—

Sammlung der Kultusgemeinde M i s s l i t z, und zwar:

Josef Pollenz K 15.—, Gabriel Pollenz 10.—, Salomon König 5.—, Moriz Samstag 5.—, Josef Hauser 5.—, Leopold Spitzer 5.—, Weiniger Ignaz 4.—, Sinaiberger Julius 2.—, Steckerl Bernhard 2.—, Jokel Donat 4.—, Oberlehrer Löwy 2.—, Moriz Winkler 2.—, Michael König 5.—, Markus Frost 2.—, Adolf König 10.—, Bader Jakob 2.—, Katti Haas 1.—, Adolf Müller 1.—, Ernst Oppenheim 1.—, Albert Kohn 1.—, Moriz Neumann 2.—, Isidor Herzog 5.—, Gustav Grünbaum 2.—, Samuel Ritter 1.—, Josef Tandler 2.—, Adolf Schwarz 1. , Lazar Funk 1.—, Hermann Steiner sen. 3.—, Leopold Eisner 4.—, Dr Neumann Wolframitz 2.—, Cantor Goldstein 1.—, Haska Julius 6.—, Haska Heinrich 4.—, Steiner Hermann jun. 2.—, Steiner Sandor 2.—, Horner Hermann 2.—, Ornstein Leopold 2.—, Eisner Hermann 3.—, Huss Heinrich 2.—, Sensky König 5.—, Kramer Moriz 2.—, Kramer Salomon 2.—, Kramer Katti 3. , Kramer Max 3.—, Deutsch Isidor 2.—, Funk Emanuel 2.—, Haas Ignaz 1.—, Diamant Hermann 1. , Weiniger Heinrich 2.—, Grünbaum Adolf 5.—, Kramer Gottlieb 10.—, Pfeffer Hermann 1.—, Nettl Johanna 2.—, Eisner Max und Julius 4.—, Herzog Wilhelm jun. 2.—, Herzog Jakob 5 —, Dr. Singer Otto 5.—, Fischer Ludwig 5.—, Willheim Adolf 5.—, Hauser Karl 5.—, Familie Kobler 3.—, Bauer Wilhelm 4.—, Singer Markus 2.—, Schmiedl Siegfried 3.—, Huschak Leopold 1.—, Horner Betti 2.—, Weiniger Sigmund 2.—, Tausk Israel 3.—, Horner Josef

3.—, Schnürmacher Lazar 1.—, Spitzer Isidor 2.—, Kramer Jakob 2.—, Löw Leopold 10.—, Löw Samuel 6.—, Herzog Heinrich 2.—, Horner Bernhard 2.—, Horner Richard 4.—, Dr. Schwarzbart Sigm. 3.—, Hirsch Jacob 1.—, Holzer Jakob 1.—, Haas Max 2.—, Pollenz Katti 1.—, Kramer Heinrich 2.—, Deutsch Alois 1.—, Pollenz Franz und Anna 4.—; zusammen . . . . K 270.—

Zweite Sammlung der Cultusgemeinde Drohobycz und zwar:

Elias Feuerstein K 10.—, Salomon Rothmann 5.—, Juda Frau 2.—, David Dienstag 2.—, Leizer Rothenberg 3.—, Borgmann Josef 3.—, Berl Streimer 2. , Ichl Morgenstern 2.—, Benjamin Zaum 2.—, Bischke Löwenberg 2.—, Leib Karp 2.—, Moses Weissbard 3.—, Jacob Pilpel 2.—, Abraham Fränkel 2.—, M. J. Rothmann 2.—, Abraham Streimer 2.—, Saul Borak 5.—, Wolf Sussmann 2.—, Isak Steuermann 10.—, Israel Schorr 5.—, Isak Trauber 2.—, Ch. Kasriel, Horowitz, 1.—, Tanchem Friedmann 3.—, Salomon Helfgott 4.—, Simon Dische 5.—, Markus Seemann 5.—, Rubin Hamerschmiedt 5.—, Saul Budracki 4.—, Salomon Löwenkopf 2.—, Gartenberg Felix 2.—, Sussmann Benjamen Josef 2.—, Markus Tauchner 2.—, Wolf Rosenfeld 1.—, Israel Sussmann 1.—, Leiser Sternbach 1.—, Simon Seif 5.—, Samuel Friedmann 2.— Markus Kuhmerker 5.—, Rabbiner Dr. Margulies 2.—, Moses Schwarz 1.—, Cantor Liebermann 1.—, Schanzer 2.—, Meilech Geber 3.—, Jacob Berger 1.—; zusammen K 130.—

Sammlung der Cultusgemeinde Vlašim, und zwar:

J. Engländer K 6.—, M. Kumerman 10.—, L. Kumerman 10.—, Alois Dub im Namen der Betgemeinde Stepanow 33.40, Hermann Raab 4.—, Frau Anna Brumlik 3.—, J. Röhr 5.—, E. Lustig 3.—, Miroslav Pick 2.—, D. Gratum 2.—, Max Gans 2.—, B. Kraus 3.—, M. Robitschek 2.—, Isidor Pollak 2.—, Emanuel Gold 2.—, Polaček 3.—, Dr. W. Klauber 3.—, B. Robiček 3.—, J. Brumlik 2.—, B. Stern 3.—, Frau Emma Glaser 1.—, Sigm. Müller 5.—, Hermann 1.—, Chewra-Kadischa 20.—, Israelitischer Frauenverein 20.—, Christian Khittl, Apotheker, 20.—, Anna Koubiček, Domašin 1.—; zusammen . . . . . K 171.40

Summe . . . K 1661.30

Unseren P. T. Vertrauensmännern, welche die Einleitung von Sammlungen in den einzelnen Cultusgemeinden veranlassten oder förderten, sagen wir hiemit für ihre menschenfreundliche Thätigkeit wärmsten Dank. Das Ergebniss der Sammlungen ist in den meisten Fällen direct der „Israelitischen Allianz zu Wien“ übermittelt worden.

(Christliche Philantropen für die Opfer von Kischenew.) In unserem Ausweise findet sich ein vom Hotelier Emil Hašek in Pardubitz gespendeter Betrag von K 12.—. Hiezu wird uns aus Pardubitz geschrieben: Dieser Betrag ist die Spende eines menschenfreundlichen Christen, in dessen Hotel der hiesige „Gesellige Bildungsverein Fröhlichkeit“ eine Theatervorstellung zu Gunsten der Kischenewer Juden veranstaltete. Damit der Reinertrag ein grösserer werde, hat Herr Hašek auch von seiner Selbstkosten-Rechnung K 20.— nachgelassen und K 4.— Eintrittsgeld entrichtet, so dass er dem wohltätigen Zwecke insgesamt K 36 zuführte. „Dies unschuldige, durch Glaubenshass vergossene Blut tut mir leid“, äusserte Herr Hašek bei Uebergabe seiner Spende — An der Sammlung der Cultusgemeinde Vlašim beteiligte sich auch der christliche Apotheker Herr Christian Khittl, ein wahrhafter Menschenfreund, mit dem ansehnlichen Betrage von K 20.—.

Aus unserem Rechtsschutz- und Abwehr-Bureau.

Judenfeindliche Bauernexzesse in Galizien.

Aus Neu-Sandez wird uns unterm 29. Mai geschrieben: Unter den Bauern in hiesiger Gegend beginnt es wieder zu gähren und die jüdische Bevölkerung auf dem Lande befürchtet den Ausbruch von Unruhen. So hat eine Bauernrotte in Olszemy bei Alt-Sandez dem dortigen Juden Elias Kunz nachts die Fenster eingeschlagen, und, da er den Exzedenten aus seiner Trafik Tabak umsonst zu geben verweigert hat, den kaiserlichen Adler heruntergerissen. Einer von ihnen, namens Jan Pultana, hat gedroht, dass er 30 Juden abschlachten werde, wofür er höchstens 24 Stunden bekommen könne. Der Gendarmerie-Postenführer — ein pflichtgetreuer Mann — schreckte davor zurück, den Burschen zu arretiren, da er eine Rüge seiner vorgesetzten Behörde befürchtet, und hat bloss den Fall dem Bezirksgerichte in Alt-Sandez zur Anzeige gebracht, welches die Akten wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit an das k. k. Kreisgericht in Neu-Sandez abtrat.

Heute kommt mir die Nachricht zu, dass dem Hermann Herz in Podgordzie in der Nacht die Scheuer und Stallungen demoliert wurden und dass in Wolaki die Bauern die Juden bedroht haben.

Eine Hetzpredigt.

Aus Wieliczka, 8. Juni, wird uns geschrieben: „Seit einiger Zeit machen sich hier wieder Anzeichen bemerkbar, dass gegen unsere Glaubensgenossen etwas im Anzuge ist. Der hier amtierende Geistliche Molinski benützte die Kanzel, um seinem Antisemitismus Luft zu machen und hetzt unaufhörlich. Gestern, am 7. d. M., richtete er bei der Andacht von der Kanzel eine Ansprache an die die Kirche füllende Menge, in welcher er unter anderem sagte: „Wenn Ihr während der Prozession am Frohnleichnamstage Juden sehen werdet, die den Hut nicht herunternehmen, so schlagt ihnen denselben vom Kopf und prügelt sie ordentlich, denn das ist gesetzlich gestattet.“ Der hiesige Kultusvorstand ist heute bei dem Herrn Bezirkshauptmann Szczerbinski gewesen und hat denselben um Schutz ersucht. Der Herr Bezirkshauptmann hat auch versprochen, sein Möglichstes zu tun, und bei der bekannten Energie desselben, die er auch wiederholt — zuletzt bei Ausschreitungen am Palmsonntag — persönlich betätigt, ist zu erwarten, dass eine Gefahr abgewendet werden wird. Der Geistliche Molinski benützt jede Gelegenheit, um den Hass gegen uns Juden zu schüren, und hat wiederholt gepredigt, die Juden zu boykot-

tieren. Die Wieliczkaer Judenhetzen vor einigen Jahren wurden gleichfalls durch die Hetzpredigten des Pater Szponder inauguriert, ein Beweis, wie empfänglich die hiesige Bevölkerung für derartige konfessionelle Aufreizungen ist. — Unser Rechtsschutzbureau hat die Aufmerksamkeit der kompetenten Behörden auf diese Vorgänge gelenkt.

Unterm 12. Juni wird uns aus Wieliczka geschrieben:

Der gestrige Fronleichnamstag ist in vollster Ruhe verlaufen. Der Erfolg Ihrer energischen und schnellen Intervention ist ein vollständiger, da der Geistliche Molinski gestern vormittag von der Kanzel ungefähr Folgendes verkündet hat:

> „Nachdem das Gerücht verbreitet worden ist, dass ich von dieser Stelle gegen die Juden Aufreizendes gesagt haben soll, bemerke ich, dass die dies auf einem Missverständnisse beruht. Ich fordere diejenigen, dies verbreitet haben, auf, ihre Aussagen als unwahr zurückzuziehen, und empfehle Euch, nichts gegen die Juden, die ebenso wie Ihr Kinder eines Gottes und Euere Brüder sind, zu tun, sondern mit ihnen in Eintracht zu leben."

Diese Enunziation hat grosse Beruhigung hervorgerufen und wir hoffen, dass für längere Zeit die Ruhe ungestört bleiben wird. Ueberdies liess P. Molinski gestern einen unserer jüdischen Mitbürger zu sich rufen und ersuchte unter Hinweis auf seine am vormittag gehaltene Rede die gegen ihn erstattete Anzeige zurückzuziehen.

Der Herr Bezirkshauptmann hat mit dankenswerter Energie alle Vorkehrungen — die glücklicher Weise unnötig geblieben waren — getroffen und, wie verlautet, persönlich bei P. Molinski interveniert.

Judenhetze in Volhynien.

Aus Brody wird telegraphiert: In dem vier Kilometer von der galizischen Grenze entfernten volhynischen Städtchen Beresteczko, welches zum grösseren Teile von Juden bewohnt wird, wurde seit einigen Tagen ein antisemitischer Rummel angekündigt. Am letzten Sonntag kam es nun in genannter Ortschaft anlässlich des Wochenmarktes, zu dem eine grosse Anzahl russischer Bauern — man sagt zwanzigtausend — aus der Umgegend eingetroffen ist, zu Exzessen gegen die Juden. Spät Nachts drangen Bauern gruppenweise in die jüdischen Wirtshäuser und forderten ungestüm Branntwein. Der jüdischen Bevölkerung bemächtigte sich ein panischer Schrecken, zumal ein Wirtshausbesitzer und ein Judenmädchen gewalttätig behandelt wurden. Man wendete sich telegraphisch an den Gouverneur mit der Bitte um Anordnung

von Sicherheitsvorkehrungen. Mehrere hundert Juden flüchteten aus Furcht vor weiteren Ausschreitungen nach der galizischen Grenzortschaft Uwin im Brodyer Bezirke, wo sie erzählt haben sollen, dass man ihnen mit der Wiederholung der Kischenewer Vorgänge gedroht habe. Mittlerweile haben sich aber die erregten Gemüter schon wieder beruhigt.

Das Ritualmordmärchen.

Aus Zenta in Ungarn wird gemeldet: Die sechsjährige Tochter Marie des dortigen Einwohners Franz Halasz trug gestern Früh einen irdenen Krug, den sie beim Auslaufbrunnen mit Wasser gefüllt hatte, nach Hause. Unterwegs strauchelte sie über einen Stein, stürzte zu Boden und der Krug ging in Trümmer, wobei das Kind durch einige Stücke der Krugscherben im Gesicht nicht unerhebliche Schnittwunden erlitt. Das Kind schrie und jammerte, wobei das Blut dem armen Kinde über das Gesicht rann. Der dortige jüdische Lehrer Biegeleisen, der zufällig des Weges ging, erbarmte sich des jammernden Mädchens und wischte ihm mit dem Sacktuch das Blut vom Gesicht, sich bemühend, die Blutungen zu stillen. Inzwischen waren einige Bauern hinzugekommen, und als sie das blutende Mädchen mit dem jüdischen Lehrer sahen, stiessen sie die Rufe aus: „Der braucht Blut für die Feiertage! Schlagt den Juden todt!“ In demselben Augenblick stürzten die Bauern herbei und schlugen mit Stöcken und Knütteln auf Biegeleisen ein. Der endlich herbeigeeilten Gendarmerie gelang es nur mit grosser Mühe, den halbtodt geprügelten Lehrer aus den Händen der wüthenden Bauern zu befreien und in das Spital zu bringen, wo er schwer verletzt darniederliegt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die „Times“ vom 9. d. M. enthält einen Brief des früheren Botschafters in Wien Sir Horace Rumbold, der bekanntlich, nachdem er sich ins Privatleben zurückgezogen, seine interessanten Aufzeichnungen herausgegeben hat, und der jetzt seine Stimme zu Gunsten der verfolgten russischen Juden erhebt. Sir Horace Rumbold macht hiebei folgende interessante Enthüllung:

Die Frage des Ritualmordes hat mir vor einigen Jahren das lebhafteste Interesse eingeflösst, und dies muss meine Entschuldigung dafür sein, dass ich Ihren Raum in Anspruch nehme. Eine starke antisemitische Woge ging damals über das östliche Europa und erreichte ihre bedrohliche Höhe in der österreichisch-ungarischen Monarchie. In ihrem Gefolge kam eine Wiederbelebung der entsetzlichen Fabeln über die Juden, deren Ursprung uns in die fernste Zeit des Mittelalters zurückführt. Die Religionsgenossen

und Freunde der Juden in England — und sie haben nirgends mächtigere oder eifrigere Verteidiger als bei uns — waren sehr beunruhigt durch diese Auferstehung des antisemitischen Geistes, dem zufällige Verbrechen, wie der berüchtigte Mord in Polna und ein ähnlicher Fall in Preussen, neue Nahrung zuführten. Ich war damals in der Lage, bei einem Versuch, das Wachstum dieses gefährlichen Geistes hintanzuhalten, mitzuhelfen. Die Herren v. Rothschild, die aufgeklärten und grossmütigen Beschützer ihrer unterdrückten Brüder in der ganzen Welt, die meine alten und hochgeschätzten Freunde sind, waren an mich herangetreten und ersuchten mich, meinen Einfluss zu Gunsten der armen Juden geltend zu machen. Ich sollte versuchen, eine massgebende Aeusserung von jener Seite zu erlangen, die allein fähig ist, in katholischen Ländern das Uebel wirksam zu bekämpfen. Andere teilten meine Meinung, dass es Zeit sei, an den Heiligen Stuhl zu appelliren, und wenn es irgendwie möglich sei, vom Papst eine Erklärung zu erlangen, welche die Tradition, wonach die Juden zu irgend einer Zeit zum Zeremoniell des Passahfestes das Blut christlicher Opfer verwendet hätten, als eine böswillige Erfindung stempelte. Ich besuchte den liebenswürdigen Prälaten, der damals den Heiligen Stuhl in Wien vertrat und seitdem zum Kardinal ernannt wurde, und machte den Versuch, seine Sympathien für die Sache zu erwecken. Der Nuntius, mit dem ich auf vertrautem Fusse stand, versprach, die von mir erhobenen Beschuldigungen nach Rom zu melden und gab zu, dass die Vorfälle nicht nur skandalös seien, sondern geradezu der Vernunft ins Antlitz schlügen. Ich bin überzeugt, der Nuntius hat mir Wort gehalten, aber damit endete, so viel ich weiss, die Sache, und jedenfalls ist niemals eine öffentliche Erklärung erfolgt, welche die Verleumdungen verdammt hätte, deren schreckliche Wirkung wir wieder gesehen haben.

Eine Tartarennachricht.

Unter Berufung auf einen angeblichen Bericht der „Times“ brachte Ende April das „Deutsche Volksblatt“ eine Schauermär über eine Typhusepidemie, die im englischen Heere durch verseuchte Decken ausgebrochen sein soll. Das antisemitische Blatt beschuldigte eine jüdische Firma, dass sie der englischen Militärverwaltung alte infizierte Decken geliefert habe. Wir haben uns an den Londoner Chiefrabbi, Dr. Hermann Adler, mit der Bitte gewendet, die Beschuldigungen des „Deutschen Volksblatt“ auf ihre Wahrheit zu prüfen und uns darüber zu berichten. Herr Dr. Adler schreibt uns nun unter dem 5. d. M.: „In den „Times“ und, soweit mir bekannt, ebensowenig in einer anderen englischen Zeitung erschien irgend eine

Notiz, worin die Firmen getadelt wurden, welche die Decken geliefert hatten. Wohl aber wurde einiges Erstaunen darüber ausgedrückt, dass nicht entsprechende Schutzmassnahmen seitens der englischen Militärbehörde getroffen wurden, bevor man die Verteilung der Decken an die Truppen vornahm.

Eine typhöse Epidemie hat es nicht gegeben. Ein oder zwei Fälle von Typhus wurden auf einem Schulschiffe entdeckt und die Erkrankten sofort isoliert. Die Behauptungen des „Deutschen Volksblatt“ sind daher grundlos.“

Massenklage jüdischer Geschäftsleute.

Am 6. Juni ist die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes im Prozesse herabgelangt, den 58 jüdische Geschäftsleute gegen den Herausgeber und den verantwortlichen Redakteur des „Deutschen Volksblatt“ auf solidarischen Schadenersatz in der Höhe von zusammen 1160 Kronen eingebracht haben. Die Klage wurde, wie noch erinnerlich, damit begründet, dass das bezeichnete Blatt am 3. Oktober 1902 gelegentlich des jüdischen Neujahrsfestes unter der Aufschrift „Eine antisemitische Studienreise“ einen Artikel brachte, welcher zur Boykottierung einer Reihe jüdischer Geschäftsleute aufforderte, die an diesem Tage ihre Geschäfte geschlossen hielten. Sowohl das Landes- als auch das Oberlandesgericht wiesen die Klage ab, wogegen die Kläger die Revision ergriffen. Der Oberste Gerichtshof hat nunmehr die Revision mit folgender Begründung verworfen:

Die Frage, ob der unter der Aufschrift: „Eine antisemitische Studienreise“ in der Nr. 4939 vom 3. Oktober 1902 erschienene Artikel des „Deutschen Volksblattes“ den Tatbestand eines Vergehens nach § 302 rücksichtlich nach § 491 Strafgesetz erschöpfe, ist der Zivilrichter zu entscheiden nicht berufen, da diese Beurteilung in Gemässheit der Art. II des E.-G. zum St.-G. rücksichtlich VI des E.-G. zur St.-P.-O. nur den darin bezeichneten Strafrichtern zusteht.

Stünde aber auch dem Zivilrichter zu, anzunehmen, *dass der fragliche Aufsatz*, welcher die Nominierung einer Reihe von Geschäften, die am jüdischen Neujahrstage geschlossen waren, und indirekt die Aufforderung an die Gesinnungsgenossen des Blattes enthält, in diesen Geschäften nichts zu kaufen, *einen ungesetzlichen Schutz der Parteigenossen der Beklagten und einen den Geschäftsbetrieb störenden Boykott der Kläger bezwecke, und dass hierin eine beabsichtigte widerrechtliche Handlung im Sinne des* § 1294 a. b. G.-B. *gelegen sei*, so *genügt diese Annahme nicht*, um den Klagsanspruch zu rechtfertigen. Denn die Kläger waren ungeachtet der

an sie ergangenen Aufforderung des Verhandlungsrichters Blatt 11 des Protokolles nicht in der Lage, einzelne Tatsachen für ihre Behauptung, dass sie einen Schaden erlitten haben, anzuführen. Nun hätten sie aber wenigstens erweisen müssen, dass Parteigenossen der Beklagten die Absichten hatten, in den bezeichneten Geschäften Einkäufe zu machen, aber in Folge dieses Artikels bestimmt worden sind, dieses Vorhaben aufzugeben, was keineswegs als selbstverständlich vorauszusetzen ist.

Wenn die Tatsache, dass infolge dieses Artikels ein Schade überhaupt eingetreten ist, nicht feststeht, kann dieselbe auch nicht durch Verwertung der Bestimmung des § 273 Z. P. O. suppliert werden. Hiernach wurde das Klagebegehren, da es schon dem Grunde nach nicht zu Recht besteht, mit Recht von den Untergerichten abgewiesen und erweist sich daher die lediglich auf die Bestimmung des § 503, Z. 4, Z.-P.-O. gestützte Revision als unbegründet, wobei bemerkt wird, dass bezüglich des auf Aufhebung des berufungsgerichtlichen Urteiles gerichteten Eventualbegehrens ein diesem Begehren entsprechender Revisionsgrund gar nicht geltend gemacht worden ist.

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird unschwer die Meinung des Obersten Gerichtshofes über die strafrechtliche Seite des Falles aus den gesperrt gedruckten Sätzen erkennen. Es ist nur bedauerlich, dass unsere Judikatur in solchen Dingen eine rein formalistische ist.

Korrespondenzen.

Floridsdorf. (Ein neuer jüdisch-politischer Verein.) Donnerstag den 25. v. M. fand die erste öffentliche Versammlung des hier neugegründeten jüdisch-politischen Vereines „Gleichheit" statt, zu welcher sich zahlreiche Glaubensgenossen aus Floridsdorf und Umgebung eingefunden hatten. Der Obmann Dr. S. Russ eröffnete die Versammlung mit einer herzlichen Begrüssung und erteilte dann dem Referenten Dr. Paul Weisengrün zu dem Vortrage: „Warum müssen die Juden sich organisieren?" das Wort.

Im Eingange seiner Rede polemisierte der Vortragende gegen das Vorurteil, das in den jüdischen Kreisen gegen eine Organisation überhaupt herrsche, die Juden suchten ihr Heil einfach darin, ganz und gar in einer politischen Partei oder in einer fremden Nation aufzugehen. Was hat das den Juden genützt? Was haben die Juden davon gehabt? Sie waren nur immer für die betreffenden Gegner der willkommene Prügelknabe, ohne dass sich ihre Bundesgenossen ihrer angenommen hätten. Das sei die politische Seite der Frage. Doch die Organisation der Juden habe eine nicht minder ernste wirtschaftliche Seite. Niemand könne

sich die Augen verschliessen, dass die ganze wirtschaftliche Gesetzgebung der neuesten Zeit den unausgesprochenen Zweck habe, die Juden zu proletarisieren. Deshalb müssten die Juden auch aus wirtschaftlichen Gründen sich organisieren. Die Vorbedingung solcher Organisationen sei die Verbreitung einer gründlichen politischen Bildung. Dies habe sich auch der neue Verein zur Aufgabe gemacht; er erfülle damit, wenn auch im begrenzten Kreise, eine wichtige Aufgabe. Denn gerade auf diesem Gebiete seien die Juden sehr rückständig. Ihre Ueberlegenheit auf dem geistigen Gebiete in anderen Belangen stehe in grellem Kontrast zu ihrer bisherigen Unfähigkeit auf dem politischen Gebiete. Das sei auch die Ursache davon, dass die Juden trotz ihrer numerischen Stärke, trotz ihrer intellektuellen Befähigung, trotz des Kapitales und der Zeitungen, die ihnen zur Verfügung stehen, einen solch beschämend geringen Einfluss auf die Staatsgeschäfte nehmen. Nie werden Fremde für die Juden etwas tun, wenn die Juden nicht selbst für sich eintreten werden.

Vielseitiger Aufforderung Folge leistend, ergriff hierauf der Sekretär der „Oesterreichisch-Israelitischen Union", Herr Siegfried Fleischer, das Wort. Derselbe erklärte, dass nach einer oberstgerichtlichen Entscheidung ein politischer Verein zu der Versammlung eines anderen politischen Vereines keine Delegierten entsenden dürfe. Er sei daher nicht in der Lage, heute im Namen und Auftrage der „Oesterreichisch-Israelitischen Union" zu sprechen und seine Aeusserungen können nur als solche einer Privatperson aufgefasst werden. Die Ausführungen des Vortragenden seien in vollem Masse zu billigen; sie schildern die Lage der Juden vollkommen zutreffend und wahrheitsgemäss. Er selbst sei heute nicht gekommen, um zu sprechen, sondern nur um zu hören. Da er jedoch in so freundlicher Weise dazu aufgefordert wurde, wolle Redner aus seiner persönlichen Kenntnis der lokalen Verhältnisse auseinandersetzen, warum sich speziell die Floridsdorfer Juden organisieren müssen. Durch die Vereinigung von vier grossen Arbeiterdörfern sei Floridsdorf eine mächtig emporstrebende Industriestadt geworden. Diese seine in überraschendem Masse wachsende Bedeutung danke Floridsdorf zum guten Teile jüdischer Arbeit, jüdischem Gewerbefleisse, dem Verständnisse der Juden für die Industrie. Die Vereinigung sei mit ein Werk der Juden, welche dieselbe im Schosse der seinerzeitigen liberalen Partei und im Gegensatze zu den christlich-sozialen Dörflern eifrig förderten. Allein sie haben für diese aufopfernde Arbeit einen schlechten Dank geerntet. Man weiss, wie schwächlich die liberale Partei in Floridsdorf vertreten war. Die Liberalen waren sehr brave Leute, aber schlechte Musikanten. Es hat zwar auch einen liberalen Wahlverein gegeben, aber, wie Diogenes einen Menschen, so musste man auch diesen Verein mit der Laterne suchen, wenn man ihn brauchte. Wenn es sich um irgend eine freisinnige Manifestation

handelte, seien es immer nur die Juden gewesen, die die Kosten in jeder Hinsicht bestritten. Als die letzten Reste der liberalen Partei aufgerieben waren, traten die Sozialdemokraten in den Vordergrund. Auch diesen haben die Juden Floridsdorfs erfolgreiche Hilfe geleistet und seien bei den Wahlen für deren Kandidaten eingetreten. Die Wirkung dieser Gefolgschaft war die, dass die Juden das einzige Mandat im Gemeindeausschusse verloren haben und nun überall als rote Revolutionäre ausgeschrieen werden. Aus taktischen Gründen lassen sich die Sozialdemokraten wohl die Hilfe der Juden bei den Wahlen gefallen, vermeiden es aber sehr sorgfältig, unseren Glaubensgenossen in ihrem Kampfe gegen den Antisemitismus Beistand zu leisten. Da mussten die Juden lernen, nach rechts und links reinen Tisch zu machen. Die jüdischen Stimmen dürfen künftighin weder für das liberale, noch für das sozialdemokratische Lager eskamotiert werden. Es muss ziffermässig genau abgeschätzt werden, wie stark die jüdische Wählerschaft ist, und mit diesen jüdischen Stimmen muss in Zukunft gerechnet werden. Politische Fragen sind Machtfragen. Wenn man die Juden braucht, dann möge man an sie herantreten; wir aber müssen es vermeiden, uns anderen Parteien aufzudrängen. Braucht man uns nicht, hält man uns für entbehrlich, dann nützt es auch nichts, wenn wir ungerufen dieser oder jener Partei nachlaufen, die uns dann nach den Wahlen verleugnet. Das sei die Lehre, welche die Floridsdorfer Judenschaft aus den Ereignissen der jüngsten Vergangenheit zu ziehen hat. Redner begrüsst die Gründung des neuen Vereines mit lebhafter Genugtuung und wünscht demselben fröhliches Gedeihen. (Lebhafter Beifall.)

Časlau. Am 26. Mai d. J. kamen unter der Aufsicht eines Korporals 36 Mann des hier stationierten 12. Landwehr-Infanterieregiments zum hiesigen Tabakverleger Weiner, der jüdischer Konfession ist, um Tabak zu fassen. Bei der Ausfolgung nahm sich ein Mann heraus, über das Judenthum zu spötteln. Der Verleger ermahnte denselben, machte ihn auf das Dienstreglement aufmerksam und drohte ihm mit der Anzeige an den Regimentskommandanten. Da all dies fruchtlos blieb und der Soldat in jüdischem Jargon antwortete, was bei den Uebrigen nur Gelächter und Hohn verursachte, fragte der Verleger den Korporal nach dem Namen des Mannes. Statt dem Soldaten sein ungehöriges Benehmen zu verweisen, lehnte der Unteroffizier jede Intervention, sowie die Nennung des Namens ab. Am folgenden Tage erhob Herr Weiner direkt beim Obersten Herrn Müller v. Eck Beschwerde über das Gebahren der Mannschaft. Der Oberst sicherte Herrn Weiner vollste Genugthuung zu und noch am selben Tage stand Nachstehendes im Regimentsbefehl: „Es ist gestern gelegentlich der Tabakfassung vorgekommen, dass sich

die bei der Fassung verwendete Mannschaft gegenüber dem Tabak-Hauptverleger Herrn Weiner in unehrenhafter, gegen den § 2 des Dienstreglements, I. Teil, verstossender Weise vergangen hat. Ich muss neuerdings den Regimentskommando-Befehl Nr. 112 vom 25. April a. c., Art. III, zur genauesten Darnachachtung in Erinnerung bringen, und erwähne ich an dieser Stelle, dass es nicht nur die Menschen, sondern insbesondere den Soldaten herabwürdigt, über andere Glaubensgenossen in abfälliger Weise zu sprechen, dieselben zu hänseln und anderweitig herabzusetzen. Im Allgemeinen kann ich nicht umhin, dieses jeder Zucht zuwiderlaufende Vorgehen dieser Leute auf das Schärfste und Strengste zu rügen und erwarte ich, dass Jeder die Achtung, die auch anderen Religionen unbedingt gebührt, leisten werde. Die direct Beschuldigten sind mir am 29. d. M. beim Rapporte vorzustellen. Dieser Befehl ist an drei nacheinanderfolgenden Tagen in beiden Sprachen der Mannschaft bei der Befehlsausgabe zu publicieren. Müller v. Eck, Oberst." — Der Korporal wurde wegen Nichteinschreitens mit 20 Tagen Kasernarrest und der Hauptbeschuldigte mit 10 Tagen strengen Arrests bestraft, die übrige Mannschaft erhielt beim Regimentsrapport einen strengen Verweis.

Berlin. (Jüdische Statistik.) Als erste Publikation des jüngst begründeten Vereins für jüdische Statistik erscheint demnächst unter der Redaktion von Dr. Alfred Nossig ein stattlicher Oktavband unter dem Titel „Jüdische Statistik" (Berlin, jüdischer Verlag, Preis 7 Mk.). Alle grossen jüdischen Organisationen, wie die Jewish Colonization Association, der Deutsch-Israelitische Gemeindebund u. v. A. veröffentlichen hier durch ihre offiziellen Vertreter Berichte über ihre statistischen Arbeiten. Auch enthält das Werk zahlreiche monographische Beiträge berufener Autoren, unter anderem von Eduard Bernstein, Joseph Jacobs, Dr. Arthur Ruppin. Die Publikation bietet eine Uebersicht aller bis jetzt auf dem Gebiete der jüdischen Statistik unternommenen Arbeiten und ein erschöpfendes Bild der Lage der bedrängten Massen des Judentums. Bestellungen durch den jüdischen Verlag, Berlin SW. 47, oder durch den Verein für jüdische Statistik, Berlin-Halensee, sowie durch alle Buchhandlungen.

Berlin. (Das Ansiedlungsgebiet der Juden in Russland.) Aus Petersburg wird dem „Berliner Tageblatt" berichtet: „Wie bereits kurz gemeldet, hat die russische Regierung der jüdischen Bevölkerung des Westgebietes neue Zugeständnisse gemacht, indem sie das temporäre Gesetz vom 12. Mai 1882 über das Wohnrecht der Juden ausserhalb der Städte und Flecken dahin abänderte, dass sie ihnen in dem für die israelitische Bevölkerung bestimmten Ansiedlungsgebiet weitere hundertein Ortschaften zum Wohnrecht zur Verfügung stellte und ihnen gleichzeitig das Recht zuerkannte, in diesen Ortschaften Immobilien zu erwerben. Diese Ortschaften verteilen sich auf die Gouvernements Bessarabien, Wilna, Witebsk, Wolhynien, Grodno, Jekaterinoslaw, Kiew, Kowno, Mohilew, Podolien, Poltawa, Taurien, Tschernigow und Cherson. In allen Ortschaften, in denen den Juden neuerdings das Wohnrecht zuerkannt worden ist, sind sie zum Teil auch schon ansässig, ohne dass ihnen das nach dem Gesetz erlaubt wäre. Durch die neue

Bestimmung wird ihnen dieses Wohnrecht und Erwerbungsrecht von Immobilien gesetzlich sanktioniert und dadurch das Ansiedlungsgebiet der jüdischen Bevölkerung erweitert. Allerdings steht dieser Konzession auch ein neues temporäres Verbot gegenüber, das den Juden untersagt, ausserhalb ihres Ansiedlungsrayons Kaufverträge auf Immobilien abzuschliessen. Dieses einschränkende Verbot hat jedoch nur einen relativen Werth und ist dazu bestimmt, der Landspekulation vorzubeugen. Wie verlautet, finden zur Zeit noch weitere Verhandlungen in der Judenfrage im Ministerium des Innern statt, die eine Besserung der Lage des jüdischen Proletariats im Auge haben. Die genaueren Erwägungen sind zur Zeit noch nicht bekannt, doch scheint es, dass es sich hiebei um gewisse Pachtrechte handelt, die den Juden in bestimmten Gouvernements gewährt werden sollen, die nicht in das Gebiet des Ansiedlungsrayons fallen."

Eydtkuhnen, 13. Juni. (Eine neue Judenhetze in Russland.) Hier ist die Nachricht von einer Judenverfolgung in Borsna im russischen Gouvernement Tschernigow eingetroffen. Bei den Ausschreitungen sollen Menschen getödtet worden sein; Einzelheiten über die Vorfälle fehlen noch. Die Stadt Borsna liegt an der Libau-Romny-Eisenbahn. Die jüdischen Einwohner der Stadt betreiben grösstenteils den Tabakbau und den Holzhandel. Die Massakres von Kischenew haben somit einen verhängnissvollen Widerhall geweckt. Die von der Behörde zum Schutze der Juden ergriffenen Massnahmen scheinen also ungenügend zu sein.

London. (Ein neues Gesetz gegen die rumänischen Juden.) Die letzte Nummer der hier erscheinenden „Roumanian Bulletin" bringt nachstehende Betrachtung:

„Wie wenig die Ereignisse der letzten Zeit dazu beigetragen haben, die antisemitische Politik des rumänischen Parlaments zu mässigen, geht aus einem Gesetzentwurf hervor, dessen Zweck es ist, das bestehende Gesetz für die Förderung der nationalen Industrien zu ergänzen. Unter dem augenblicklichen Gesetz werden den Fabrikanten, die gewisse Bedingungen erfüllen, Prämien, Subventionen und andere Privilegien gewährt. Der neue Entwurf enthält unter anderem nachstehende neue Bestimmungen:

> „§ 7. Die Vergünstigungen dieses Gesetzes sollen nur denjenigen Fabriken und Werkstätten zu teil werden, in denen während der ersten fünf Jahre ihres Bestehens wenigstens 50 Prozent der Arbeiter Rumänen sind. Nach Ablauf von sieben Jahren soll eine Weitergewährung der Vergünstigungen nur in solchen Fällen gewährt werden, wo während der letzten zwei Jahre wenigstens 50 Prozent der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter an rumänische Angestellte gingen.
>
> § 9. Technische Schulen, die von Fabrikanten, dem Gesetz für den Fachunterricht entsprechend, zur Ausbildung rumänischer Arbeiter in den verschiedenen Industriezweigen errichtet wurden, werden subventioniert."

Das „Roumanian Bulletin" bemerkt zu diesen Bestimmungen:

„Da nach dem Gesetz der rumänische Jude ein Ausländer ist, so wird die Folge dieser Bestimmungen die sein, dass die Verwendung von Juden in allen vom Staate unterstützten Industrien beschränkt wird und dass die Juden von allen technischen Schulen der Fabriken, in denen sie arbeiten, ausgeschlossen werden. So wird dieses Gesetz die ungünstige Lage, in der sich die jüdische Arbeiterbevölkerung bereits befindet, noch in zweierlei Hinsicht erschweren. Bisher war die Bestimmung, durch die die Anstellung nichtrumänischer, das heisst jüdischer Arbeiter, eingeschränkt wurde, nur für die grossen Fabriken massgebend. Das neue Gesetz wird diese Bestimmung auf alle Fabriken, mögen sie nun gross oder klein sein, ausdehnen.

Es werden aber nicht nur die jüdischen Arbeiter darunter zu leiden haben. Die Bestimmung über die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter wird in beträchtlichem Masse zur Verminderung der Anstellung jüdischer

Klerks, Ingenieure und Leiter beitragen. Welche Bedeutung diese Tatsache für Städte hat, in denen die jüdische Bevölkerung gross ist, lässt sich leicht voraussehen. Hunderte und vielleicht Tausende werden arbeitslos werden und dadurch in die Notlage kommen, zwischen dem Hunger und der Auswanderung zu wählen. . . .“

Es ist nicht ohne Interesse, aus dem „Roumanian Bulletin“ zu ersehen, dass der Kischenewer Judenhetze eine antisemitische Presshetze in Rumänien vorausging. Anfangs März veröffentlichte die rumänische Zeitung „Vocea Tutovei“ eine Serie von Artikeln, die sich mit dem Ritualmord beschäftigten und ihn als eine alte Einrichtung des Judaismus bezeichneten. In dem Schlussartikel befand sich nachstehende Bemerkung:

> „Die von den Juden neuerdings in Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Deutschland und Russland begangenen Ritualmorde sind noch frisch in Jedermanns Gedächtnis. Wieviele Kinder sind aber in unserem eigenen Lande verschwunden? Wieviele verstümmelte Körper wurden gefunden, während die Verbrecher unentdeckt geblieben? Wer sind diese Verbrecher, diese blutdürstigen Mörder unserer lallenden Kleinen? Die 600.000 fanatischen Juden sind es, die unser Land verpesten. Diese Bestien sind die Schlächter unserer christlichen Kinder. Die Juden sind die Verbrecher, sic, die unser Land wie Heuschrecken überfielen. . . Die Zeit ist vorbei, wo man mit friedlichen gesetzlichen Einschränkungen wirken konnte. Alle guten Rumänen sollten ihre schweren Stöcke schwingen und diese Parasiten ihres Landes vertilgen.“

Die Greuel in Bessarabien sind denn auch von der „Vocea Tutovei“ mit Freuden begrüsst worden, und das Blatt hält die Zeit für bevorstehend, in der selbst die Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Amerika sich erheben werde, um auch die amerikanischen Juden zu zerschmettern. Das Blatt nennt die Vorgänge in Kischenew „ein vorzügliches Vorbild“. Von Seiten der rumänischen Regierung ist nichts dagegen geschehen, dass die „Vocea Tutovei“ die Artikel auch in Broschürenform veröffentlichte, obgleich diese Artikel die deutliche Aufforderung zum Landfriedensbruch, um einen milden Ausdruck zu gebrauchen, enthalten.

Bukarest. (Der Antisemitismus in Rumänien.) Der „Adeverul“ schreibt: „Aus dem Ministerium erhielten wir die Nachricht, dass im Lande antisemitische Agitationen gemacht werden und dass die Regierung energische Massregeln ergriffen habe; die Präfekten werden verständigt und persönlich für jede Ruhestörung verantwortlich gemacht. Bis hierher ist alles gut. Weiss aber der Herr Minister des Innern, wie die Präfekten und die Behörden im allgemeinen vorgehen? In vielen Distrikten ruft der Präfekt die jüdischen Notabeln und sagt ihnen sehr beunruhigt, sie sollten am Abend das Haus nicht verlassen, nicht im öffentlichen Garten spazieren gehen, da von einem Augenblick zum andern ein Gemetzel ausbrechen könne. Wenn diese angenehmen Nachrichten Leuten mitgeteilt werden, welche schon durch die Vorgänge in Kischenew in Schrecken gesetzt sind, so beginnen sie auf allerhand Gedanken zu kommen und an eine unmittelbar bevorstehende Gefahr zu denken; die einen bewaffnen sich, andere ziehen weg und säen den Schrecken überall, wo sie im Lande hinkommen. So erklärt es sich, dass am Tage des 10. (23.) Mai die Juden in Jassy und Husch sich vorbereitet hatten, den Banden Widerstand zu leisten, und wie es heisst, sind in Jassy alle Waffengeschäfte von den Juden geleert worden, welche sich für jede Eventualität bewaffnet hatten.“

